

ADSp

1. Deutsch - Allgemeine Deutsche Spediteurbedingungen
2. English - German Freight Forwarders' Standard Terms and Conditions

ALLGEMEINE DEUTSCHE SPEDITEURBEDINGUNGEN

ADSp

Präambel

Diese Bedingungen werden zur Anwendung ab dem 1. Januar 2003 empfohlen vom Bundesverband der Deutschen Industrie, Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels, Bundesverband Spedition und Logistik, Deutschen Industrie- und Handelskammertag, Hauptverband des Deutschen Einzelhandels. Diese Empfehlung ist unverbindlich. Es bleibt den Vertragsparteien unbenommen, vom Inhalt dieser Empfehlung abweichende Vereinbarungen zu treffen.

1. Interessenwahrungs- und Sorgfaltspflicht

Der Spediteur hat das Interesse des Auftraggebers wahrzunehmen und seine Tätigkeiten mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes auszuführen.

2. Anwendungsbereich

- 2.1 Die ADSp gelten für Verkehrsverträge über alle Arten von Tätigkeiten, gleichgültig ob sie Speditions-, Fracht-, Lager- oder sonstige üblicherweise zum Speditionsgewerbe gehörende Geschäfte betreffen. Hierzu zählen auch speditionsübliche logistische Leistungen, wenn diese mit der Beförderung oder Lagerung von Gütern in Zusammenhang stehen.
- 2.2 Bei speditionsvertraglichen Tätigkeiten im Sinne der §§ 453 bis 466 HGB schuldet der Spediteur nur den Abschluß der zur Erbringung dieser Leistungen erforderlichen Verträge, soweit zwingende oder AGB-feste Rechtsvorschriften nichts anderes bestimmen.
- 2.3 Die ADSp gelten nicht für Geschäfte, die ausschließlich zum Gegenstand haben
- Verpackungsarbeiten,
 - die Beförderung von Umzugsgut oder dessen Lagerung,
 - Kran- oder Montagearbeiten sowie Schwer- oder Großraumtransporte mit Ausnahme der Umschlagstätigkeit des Spediteurs,
 - die Beförderung und Lagerung von abzuschleppenden oder zu bergenden Gütern.
- 2.4 Die ADSp finden keine Anwendung auf Verkehrsverträge mit Verbrauchern.

Verbraucher ist eine natürliche Person, die den Vertrag zu einem Zweck abschließt, der weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann.

- 2.5 Weichen Handelsbräuche oder gesetzliche Bestimmungen von den ADSp ab, so gehen die ADSp vor, es sei denn, daß die gesetzlichen Bestimmungen zwingend oder AGB-fest sind.

Bei Verkehrsverträgen über Luft-, See-, Binnenschiffs- oder multimodale Transporte können abweichende Vereinbarungen nach den dafür etwa aufgestellten besonderen Beförderungsbedingungen getroffen werden

- 2.6 Der Spediteur ist zur Vereinbarung der üblichen Geschäftsbedingungen Dritter befugt.
- 2.7 Im Verhältnis zwischen Erst- und Zwischenspediteur gelten die ADSp als Allgemeine Geschäftsbedingungen des Zwischenspediteurs.

3. Auftrag, Übermittlungsfehler, Inhalt, besondere Güterarten

- 3.1 Aufträge, Weisungen, Erklärungen und Mitteilungen sind formlos gültig. Nachträgliche Änderungen sind als solche deutlich kenntlich zu machen.

Die Beweislast für den Inhalt sowie die richtige und vollständige Übermittlung trägt, wer sich darauf beruft.

- 3.2 Soweit für Erklärungen die Schriftform verlangt wird, steht ihr die Datenfernübertragung und jede sonst lesbare Form gleich, sofern sie den Aussteller erkennbar macht.
- 3.3 Der Auftraggeber hat dem Spediteur bei Auftragserteilung mitzuteilen, daß Gegenstand des Verkehrsvertrages sind:

- Gefährliche Güter
- Lebende Tiere und Pflanzen
- Leicht verderbliche Güter
- Besonders wertvolle und diebstahlsgefährdete Güter

- 3.4 Der Auftraggeber hat im Auftrag Adressen, Zeichen, Nummern, Anzahl, Art und Inhalt der Packstücke, Eigenschaften des Gutes im Sinne von Ziffer 3.3, den Warenwert für eine Versicherung des Gutes und alle sonstigen erkennbar für die ordnungsgemäße Ausführung des Auftrags erheblichen Umstände anzugeben.

- 3.5 Bei gefährlichem Gut hat der Auftraggeber bei Auftragserteilung dem Spediteur schriftlich die genaue Art der Gefahr und - soweit erforderlich - die zu ergreifenden Vorsichtsmaßnahmen mitzuteilen. Handelt es sich um Gefahrgut im Sinne des Gesetzes über die Beförderung gefährlicher Güter oder um sonstige Güter, für deren Beförderung oder Lagerung besondere gefahrgut-, umgangs- oder abfallrechtliche Vorschriften bestehen, so hat der Auftraggeber alle für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrags erforderlichen Angaben, insbesondere die Klassifizierung nach dem einschlägigen Gefahrgutrecht, mitzuteilen.

- 3.6 Der Auftraggeber hat den Spediteur bei besonders wertvollen oder diebstahlsge-

fährdeten Gütern (z.B. Geld, Edelmetalle, Schmuck, Uhren, Edelsteine, Kunstgegenstände, Antiquitäten, Scheck-, Kreditkarten, gültige Telefonkarten oder andere Zahlungsmittel, Wertpapiere, Valoren, Dokumente, Spirituosen, Tabakwaren, Unterhaltungselektronik, Telekommunikationsgeräte, EDV-Geräte und -Zubehör) sowie bei Gütern mit einem tatsächlichen Wert von 50 Euro/kg und mehr so rechtzeitig vor Übernahme durch den Spediteur schriftlich zu informieren, daß der Spediteur die Möglichkeit hat, über die Annahme des Gutes zu entscheiden und Maßnahmen für eine sichere und schadenfreie Abwicklung des Auftrags zu treffen.

- 3.7 Entspricht ein dem Spediteur erteilter Auftrag nicht den in Ziffern 3.3 - 3.6 genannten Bedingungen, so steht es dem Spediteur frei,
- die Annahme des Gutes zu verweigern,
 - bereits übernommenes Gut zurückzugeben bzw. zur Abholung bereitzuhalten
 - dieses ohne Benachrichtigung des Auftraggebers zu versenden, zu befördern oder einzulagern und eine zusätzliche, angemessene Vergütung zu verlangen, wenn eine sichere und schadenfreie Ausführung des Auftrags mit erhöhten Kosten verbunden ist.
- 3.8 Der Spediteur ist nicht verpflichtet, die nach Ziffern 3.3 bis 3.6 gemachten Angaben nachzuprüfen oder zu ergänzen
- 3.9 Der Spediteur ist nicht verpflichtet, die Echtheit der Unterschriften auf irgendwelchen das Gut betreffenden Mitteilungen oder sonstigen Schriftstücken oder die Befugnis der Unterzeichner zu prüfen, es sei denn, daß an der Echtheit oder der Befugnis begründete Zweifel bestehen.

4. Verpackung, Gestellung von Ladehilfs- und Packmitteln, Verwiegung und Untersuchung des Gutes

- 4.1 Der dem Spediteur erteilte Auftrag umfaßt mangels Vereinbarung nicht
- 4.1.1 die Verpackung des Gutes,
 - 4.1.2 die Verwiegung, Untersuchung, Maßnahmen zur Erhaltung oder Besserung des Gutes und seiner Verpackung, es sei denn, dies ist geschäftsüblich,
 - 4.1.3 die Gestellung und den Tausch von Paletten oder sonstigen Ladehilfs- und Packmitteln.

Werden diese nicht Zug-um-Zug getauscht, erfolgt eine Abholung nur, wenn ein neuer Auftrag erteilt wird. Dies gilt nicht, wenn der Tausch auf Veranlassung des Spediteurs unterbleibt.

- 4.2 Die Tätigkeiten nach Ziffer 4.1 sind gesondert zu vergüten.

5. Zollamtliche Abwicklung

- 5.1 Der Auftrag zur Versendung nach einem Bestimmungsort im Ausland schließt den Auftrag zur zollamtlichen Abfertigung ein, wenn ohne sie die Beförderung bis zum Bestimmungsort nicht ausführbar ist.

- 5.2 Für die zollamtliche Abfertigung kann der Spediteur neben den tatsächlich auflaufenden Kosten eine besondere Vergütung berechnen.
- 5.3 Der Auftrag, unter Zollverschluß eingehende Sendungen zuzuführen oder frei Haus zu liefern, schließt die Ermächtigung für den Spediteur ein, über die Erledigung der erforderlichen Zollförmlichkeiten und die Auslegung der zollamtlich festgesetzten Abgaben zu entscheiden.

6. Verpackungs- und Kennzeichnungspflichten des Auftraggebers

- 6.1 Die Packstücke sind vom Auftraggeber deutlich und haltbar mit den für ihre auftragsgemäße Behandlung erforderlichen Kennzeichen zu versehen, wie Adressen, Zeichen, Nummern, Symbolen für Handhabung und Eigenschaften; alte Kennzeichen müssen entfernt oder unkenntlich gemacht sein.
- 6.2 Darüber hinaus ist der Auftraggeber verpflichtet,
- 6.2.1 zu e i n e r Sendung gehörende Packstücke als zusammengehörig leicht erkennbar zu kennzeichnen;
- 6.2.2 Packstücke so herzurichten, daß ein Zugriff auf den Inhalt ohne Hinterlassen äußerlich sichtbarer Spuren nicht möglich ist (Klebeband, Umreifungen oder ähnliches sind nur ausreichend, wenn sie individuell gestaltet oder sonst schwer nachahmbar sind; eine Umwicklung mit Folie nur, wenn diese verschweißt ist);
- 6.2.3 bei einer im Spediteursammelgutverkehr abzufertigenden Sendung, die aus mehreren Stücken oder Einheiten mit einem Gurtmaß (größter Umfang zuzüglich längste Kante) von weniger als 1 m besteht, diese zu größeren Packstücken zusammenzufassen;
- 6.2.4 bei einer im Hängeversand abzufertigenden Sendung, die aus mehreren Stücken besteht, diese zu Griffeinheiten in geschlossenen Hüllen zusammenzufassen;
- 6.2.5 auf Packstücken von mindestens 1 000 kg Rohgewicht die durch das Gesetz über die Gewichtsbezeichnung an schweren auf Schiffen beförderten Frachtstücken vorgeschriebene Gewichtsbezeichnung anzubringen.
- 6.3 Packstücke sind Einzelstücke oder vom Auftraggeber zur Abwicklung des Auftrags gebildete Einheiten, z.B. Kisten, Gitterboxen, Paletten, Griffeinheiten, geschlossene Ladegefäße, wie gedeckt gebaute oder mit Planen versehene Wagons, Auflieger oder Wechselbrücken, Container, Iglus.
- 6.4 Entsprechen die Packstücke nicht den in Ziffern 6.1 und 6.2 genannten Bedingungen, findet Ziffer 3.7 entsprechende Anwendung.

7. Kontrollpflichten des Spediteurs

- 7.1 Der Spediteur ist verpflichtet, an Schnittstellen
- 7.1.1 die Packstücke auf Vollzähligkeit und Identität sowie äußerlich erkennbare Schäden und Unversehrtheit von Plomben und Verschlüssen zu überprüfen und

- 7.1.2 Unregelmäßigkeiten zu dokumentieren (z.B. in den Begleitpapieren oder durch besondere Benachrichtigung).
- 7.2 Schnittstelle ist jeder Übergang der Packstücke von einer Rechtsperson auf eine andere sowie die Ablieferung am Ende jeder Beförderungsstrecke.

8. Quittung

- 8.1 Auf Verlangen des Auftraggebers erteilt der Spediteur eine Empfangsbescheinigung.

In der Empfangsbescheinigung bestätigt der Spediteur nur die Anzahl und Art der Packstücke, nicht jedoch deren Inhalt, Wert oder Gewicht. Bei Massengütern, Wagenladungen und dergleichen enthält die Empfangsbescheinigung im Zweifel keine Bestätigung des Rohgewichts oder der anders angegebenen Menge des Gutes.

- 8.2 Als Ablieferungsnachweis hat der Spediteur vom Empfänger eine Empfangsbescheinigung über die im Auftrag oder in sonstigen Begleitpapieren genannten Packstücke zu verlangen. Weigert sich der Empfänger, die Empfangsbescheinigung zu erteilen, so hat der Spediteur Weisung einzuholen. Ist das Gut beim Empfänger bereits ausgeladen, so ist der Spediteur berechtigt, es wieder an sich zu nehmen.

9. Weisungen

- 9.1 Eine über das Gut erteilte Weisung bleibt für den Spediteur bis zu einem Widerruf des Auftraggebers maßgebend.
- 9.2 Mangels ausreichender oder ausführbarer Weisung darf der Spediteur nach seinem pflichtgemäßen Ermessen handeln.
- 9.3 Ein Auftrag, das Gut zur Verfügung eines Dritten zu halten, kann nicht mehr widerrufen werden, sobald die Verfügung des Dritten beim Spediteur eingegangen ist.

10. Frachtüberweisung, Nachnahme

- 10.1 Die Mitteilung des Auftraggebers, der Auftrag sei unfrei abzufertigen oder der Auftrag sei für Rechnung des Empfängers oder eines Dritten auszuführen, berührt nicht die Verpflichtung des Auftraggebers gegenüber dem Spediteur, die Vergütung sowie die sonstigen Aufwendungen zu tragen.
- 10.2 Die Mitteilung nach Ziffer 10.1 enthält keine Nachnahmeweisung.

11. Fristen

- 11.1 Mangels Vereinbarung werden Verlade- und Lieferfristen nicht gewährleistet, ebensowenig eine bestimmte Reihenfolge in der Abfertigung von Gütern gleicher Beförderungsart.

- 11.2 Unberührt bleibt die gesetzliche Haftung des Spediteurs für eine Überschreitung der Lieferfrist.

12. Hindernisse

- 12.1 Leistungshindernisse, die nicht dem Risikobereich des Spediteurs zuzurechnen sind, befreien ihn für die Zeit ihrer Dauer von den Verpflichtungen, deren Erfüllung unmöglich geworden ist.

Im Falle der Befreiung nach Satz 1 sind der Spediteur und der Auftraggeber berechtigt, vom Verträge zurückzutreten, auch wenn der Auftrag schon teilweise ausgeführt worden ist.

Tritt der Spediteur oder Auftraggeber zurück, so sind dem Spediteur die Kosten zu erstatten, die er für erforderlich halten durfte oder die für den Auftraggeber von Interesse sind.

- 12.2 Der Spediteur hat nur im Rahmen seiner Sorgfaltspflicht zu prüfen und den Auftraggeber darauf hinzuweisen, ob gesetzliche oder behördliche Hindernisse für die Versendung (z.B. Ein- und Ausfuhrbeschränkungen) vorliegen. Soweit der Spediteur jedoch durch öffentliche Bekanntmachungen oder in den Vertragsverhandlungen den Eindruck erweckt hat, über besondere Kenntnisse für bestimmte Arten von Geschäften zu verfügen, hat er vorstehende Prüfungs- und Hinweispflichten entsprechend zu erfüllen.

- 12.3 Vom Spediteur nicht zu vertretende öffentlich-rechtliche Akte berühren die Rechte des Spediteurs gegenüber dem Auftraggeber nicht; der Auftraggeber haftet dem Spediteur für alle aus solchen Ereignissen entstehenden Folgen. Etwas Ansprüche des Spediteurs gegenüber dem Staat oder einem sonstigen Dritten werden hierdurch nicht berührt.

13. Ablieferung

Die Ablieferung erfolgt mit befreiender Wirkung an jede im Geschäft oder Haushalt des Empfängers anwesende Person, es sei denn, es bestehen begründete Zweifel an deren Empfangsberechtigung.

14. Auskunfts- und Herausgabepflicht des Spediteurs

- 14.1 Der Spediteur ist verpflichtet, dem Auftraggeber die erforderlichen Nachrichten zu geben, auf Verlangen über den Stand des Geschäftes Auskunft zu geben und nach dessen Ausführung Rechenschaft abzulegen; zur Offenlegung der Kosten ist er jedoch nur verpflichtet, wenn er für Rechnung des Auftraggebers tätig wird.

- 14.2 Der Spediteur ist verpflichtet, dem Auftraggeber alles, was er zur Ausführung des Geschäftes erhält und was er aus der Geschäftsführung erlangt, herauszugeben.

15. Lagerung

- 15.1 Die Lagerung erfolgt nach Wahl des Spediteurs in dessen eigenen oder fremden

Lagerräumen. Lagert der Spediteur bei einem fremden Lagerhalter ein, so hat er dessen Namen und den Lagerort dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich bekanntzugeben oder, falls ein Lagerschein ausgestellt ist, auf diesem zu vermerken.

- 15.2 Dem Auftraggeber steht es frei, die Lagerräume zu besichtigen oder besichtigen zu lassen. Einwände oder Beanstandungen gegen die Unterbringung des Gutes oder gegen die Wahl des Lagerraumes muß er unverzüglich vorbringen. Macht er von dem Besichtigungsrecht keinen Gebrauch, so begibt er sich aller Einwände gegen die Art und Weise der Unterbringung, soweit die Wahl des Lagerraumes und die Unterbringung unter Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen Spediteurs erfolgt ist.
- 15.3 Das Betreten des Lagers ist dem Auftraggeber nur in Begleitung des Spediteurs zu dessen Geschäftsstunden erlaubt.
- 15.4 Nimmt der Auftraggeber Handlungen mit dem Gut vor (z.B. Probeentnahme), so kann der Spediteur verlangen, daß Anzahl, Gewicht und Beschaffenheit des Gutes gemeinsam mit dem Auftraggeber festgestellt wird. Kommt der Auftraggeber diesem Verlangen nicht nach, ist die Haftung des Spediteurs für später festgestellte Schäden ausgeschlossen, es sei denn, der Schaden ist nicht auf die vorgenommenen Handlungen mit dem Gut zurückzuführen.
- 15.5 Der Auftraggeber haftet für alle Schäden, die er, seine Angestellten oder Beauftragten beim Betreten des Lagers oder beim Betreten oder Befahren des Lagergrundstückes dem Spediteur, anderen Einlagerern oder sonstigen Dritten zufügen, es sei denn, daß den Auftraggeber, seine Angestellten oder Beauftragten kein Verschulden trifft.
- 15.6 Bei Inventurdifferenzen kann der Spediteur bei gleichzeitigen Fehl- und Mehrbeständen desselben Auftraggebers eine wertmäßige Saldierung des Lagerbestandes vornehmen.
- 15.7 Entstehen dem Spediteur begründete Zweifel, ob seine Ansprüche durch den Wert des Gutes sichergestellt sind, so ist er berechtigt, dem Auftraggeber eine angemessene Frist zu setzen, in der dieser entweder für Sicherstellung der Ansprüche des Spediteurs oder für anderweitige Unterbringung des Gutes Sorge tragen kann. Kommt der Auftraggeber diesem Verlangen nicht nach, so ist der Spediteur zur Kündigung ohne Kündigungsfrist berechtigt.

16. Angebote und Vergütung

- 16.1 Angebote des Spediteurs und Vereinbarungen mit ihm über Preise und Leistungen beziehen sich stets nur auf die namentlich aufgeführten eigenen Leistungen oder Leistungen Dritter und nur auf Gut normalen Umfangs, normalen Gewichts und normaler Beschaffenheit; sie setzen normale unveränderte Beförderungsverhältnisse, ungehinderte Verbindungswege, Möglichkeit unmittelbarer sofortiger Weiterversendung sowie Weitergeltung der bisherigen Frachten, Valutaverhältnisse und Tarife, welche der Vereinbarung zugrunde lagen, voraus, es sei denn, die Veränderungen sind unter Berücksichtigung der Umstände vorhersehbar gewesen. Ein Vermerk, wie etwa "zuzüglich der üblichen Nebenspesen", berechtigt den Spediteur, Sondergebühren und Sonderauslagen zusätzlich zu berechnen.
- 16.2 Alle Angebote des Spediteurs gelten nur bei unverzüglicher Annahme zur sofortigen

tigen Ausführung des betreffenden Auftrages, sofern sich nichts Gegenteiliges aus dem Angebot ergibt, und nur, wenn bei Erteilung des Auftrages auf das Angebot Bezug genommen wird.

- 16.3 Wird ein Auftrag gekündigt oder entzogen, so stehen dem Spediteur die Ansprüche nach §§ 415, 417 HGB zu.
- 16.4 Wird ein Nachnahme- oder sonstiger Einziehungsauftrag nachträglich zurückgezogen, oder geht der Betrag nicht ein, kann der Spediteur dennoch Provision erheben.
- 16.5 Lehnt der Empfänger die Annahme einer ihm zugerollten Sendung ab, oder ist die Ablieferung aus Gründen, die der Spediteur nicht zu vertreten hat, nicht möglich, so steht dem Spediteur für die Rückbeförderung Rollgeld in gleicher Höhe wie für die Hinbeförderung zu.

17. Aufwendungen des Spediteurs, Freistellungsanspruch

- 17.1 Der Spediteur hat Anspruch auf Ersatz der Aufwendungen, die er den Umständen nach für erforderlich halten durfte.
- 17.2 Der Auftrag, ankommendes Gut in Empfang zu nehmen, ermächtigt den Spediteur, verpflichtet ihn aber nicht, auf dem Gut ruhende Frachten, Wertnachnahmen, Zölle, Steuern und sonstige Abgaben sowie Spesen auszulegen.
- 17.3 Von Frachtforderungen, Havarieeinschüssen oder -beiträgen, Zöllen, Steuern und sonstigen Abgaben, die an den Spediteur, insbesondere als Verfügungsberechtigten oder als Besitzer fremden Gutes gestellt werden, hat der Auftraggeber den Spediteur auf Aufforderung sofort zu befreien, wenn sie der Spediteur nicht zu vertreten hat. Der Spediteur ist berechtigt, nach pflichtgemäßem Ermessen die zu seiner Sicherung oder Befreiung geeigneten Maßnahmen zu ergreifen. Sofern nicht die Notwendigkeit sofortigen Handelns geboten ist, hat der Spediteur Weisung einzuholen.
- 17.4 Der Auftraggeber hat den Spediteur in geschäftsüblicher Weise rechtzeitig auf alle öffentlich-rechtlichen, z.B. zollrechtlichen oder Dritten gegenüber bestehenden, z.B. markenrechtlichen Verpflichtungen aufmerksam zu machen, die mit dem Besitz des Gutes verbunden sind, soweit nicht aufgrund des Angebots des Spediteurs davon auszugehen ist, daß diese Verpflichtungen ihm bekannt sind.

18. Rechnungen, fremde Währungen

- 18.1 Rechnungen des Spediteurs sind sofort zu begleichen.
- 18.2 Der Spediteur ist berechtigt, von ausländischen Auftraggebern oder Empfängern nach seiner Wahl Zahlung in ihrer Landeswährung oder in deutscher Währung zu verlangen.
- 18.3 Schuldet der Spediteur fremde Währung oder legt er fremde Währung aus, so ist er berechtigt, entweder Zahlung in der fremden oder in deutscher Währung zu verlangen. Verlangt er deutsche Währung, so erfolgt die Umrechnung zu dem

am Tage der Zahlung amtlich festgesetzten Kurs, es sei denn, daß nachweisbar ein anderer Kurs zu zahlen oder gezahlt worden ist.

19. Aufrechnung, Zurückbehaltung

Gegenüber Ansprüchen aus dem Verkehrsvertrag und damit zusammenhängenden außervertraglichen Ansprüchen ist eine Aufrechnung oder Zurückbehaltung nur mit fälligen Gegenansprüchen zulässig, denen ein Einwand nicht entgegensteht.

20. Pfand- und Zurückbehaltungsrecht

- 20.1 Der Spediteur hat wegen aller fälligen und nicht fälligen Forderungen, die ihm aus den in Ziffer 2.1 genannten Tätigkeiten an den Auftraggeber zustehen, ein Pfandrecht und ein Zurückbehaltungsrecht an den in seiner Verfügungsgewalt befindlichen Gütern oder sonstigen Werten. Das Pfand- und Zurückbehaltungsrecht geht nicht über das gesetzliche Pfand- und Zurückbehaltungsrecht hinaus.
- 20.2 Der Spediteur darf ein Pfand- oder Zurückbehaltungsrecht wegen Forderungen aus anderen mit dem Auftraggeber abgeschlossenen Verkehrsverträgen nur ausüben, soweit sie unbestritten sind oder wenn die Vermögenslage des Schuldners die Forderung des Spediteurs gefährdet.
- 20.3 An die Stelle der in § 1234 BGB bestimmten Frist von einem Monat tritt in allen Fällen eine solche von zwei Wochen.
- 20.4 Ist der Auftraggeber im Verzug, so kann der Spediteur nach erfolgter Verkaufsandrohung von den in seinem Besitz befindlichen Gütern und Werten eine solche Menge, wie nach seinem pflichtgemäßen Ermessen zur Befriedigung erforderlich ist, freihändig verkaufen.
- 20.5 Für den Pfand- oder Selbsthilfeverkauf kann der Spediteur in allen Fällen eine Verkaufsprovision vom Nettoerlös in Höhe von ortsüblichen Sätzen berechnen.

21. Versicherung des Gutes

- 21.1 Der Spediteur besorgt die Versicherung des Gutes (z.B. Transport- oder Lagerversicherung) bei einem Versicherer seiner Wahl, wenn der Auftraggeber ihn vor Übergabe der Güter beauftragt.
- 21.2 Kann der Spediteur wegen der Art der zu versichernden Güter oder aus einem anderen Grund keinen Versicherungsschutz eindecken, hat der Spediteur dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

Der Spediteur ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Versicherung des Gutes zu besorgen, wenn dies im Interesse des Auftraggebers liegt. Der Spediteur darf vermuten, daß die Eindeckung einer Versicherung im Interesse des Auftraggebers liegt, insbesondere wenn

- der Spediteur bei einem früheren Verkehrsvertrag eine Versicherung besorgt hat,
- der Auftraggeber im Auftrag einen Warenwert (Ziffer 3.4) angegeben hat.

Die Vermutung des Interesses an der Eindeckung einer Versicherung besteht insbesondere nicht, wenn

- der Auftraggeber die Eindeckung schriftlich untersagt,
- der Auftraggeber ein Spediteur, Frachtführer oder Lagerhalter ist.

21.3 Der Spediteur hat nach pflichtgemäßem Ermessen über Art und Umfang der Versicherung zu entscheiden und sie zu marktüblichen Bedingungen abzuschließen, es sei denn, der Auftraggeber erteilt dem Spediteur unter Angabe der Versicherungsnummer und der zu deckenden Gefahren schriftlich eine andere Weisung.

21.4 Ist der Spediteur Versicherungsnehmer und hat er für Rechnung des Auftraggebers gehandelt, ist der Spediteur verpflichtet, auf Verlangen gemäß Ziffer 14.1 Rechnung zu legen. In diesem Fall hat der Spediteur die Prämie für jeden einzelnen Verkehrsvertrag auftragsbezogen zu erheben, zu dokumentieren und in voller Höhe ausschließlich für diese Versicherungsdeckung an den Versicherer abzuführen.

21.5 Für die Versicherungsbesorgung, Einziehung des Entschädigungsbetrages und sonstige Tätigkeiten bei Abwicklung von Versicherungsfällen und Havarien steht dem Spediteur eine besondere Vergütung neben dem Ersatz seiner Auslagen zu.

22. Haftung des Spediteurs, Abtretung von Ersatzansprüchen

22.1 Der Spediteur haftet bei all seinen Tätigkeiten (Ziffer 2.1) nach den gesetzlichen Vorschriften. Es gelten jedoch die folgenden Regelungen, soweit zwingende oder AGB-feste Rechtsvorschriften nichts anderes bestimmen.

22.2 Soweit der Spediteur nur den Abschluß der zur Erbringung der vertraglichen Leistungen erforderlichen Verträge schuldet, haftet er nur für die sorgfältige Auswahl der von ihm beauftragten Dritten.

22.3 In allen Fällen, in denen der Spediteur für Verlust oder Beschädigung des Gutes zu haften hat, hat er Wert- und Kostenersatz entsprechend §§ 429, 430 HGB zu leisten.

22.4 Soweit die §§ 425 ff und 461 Abs. 1 HGB nicht gelten, haftet der Spediteur für Schäden, die entstanden sind aus

22.4.1 - ungenügender Verpackung oder Kennzeichnung des Gutes durch den Auftraggeber oder Dritte;

22.4.2 - vereinbarter oder der Übung entsprechender Aufbewahrung im Freien

22.4.3 - schwerem Diebstahl oder Raub (§§ 243, 244, 249 StGB);

22.4.4 - höherer Gewalt, Witterungseinflüssen, Schadhafwerden von Geräten oder Leitungen, Einwirkung anderer Güter, Beschädigung durch Tiere, natürlicher Veränderung des Gutes

nur insoweit, als ihm eine schuldhafte Verursachung des Schadens nachgewiesen wird. Konnte ein Schaden aus einem der vorstehend aufgeführten Umständen entstehen, so wird vermutet, daß er aus diesem entstanden ist.

22.5 Hat der Spediteur aus einem Schadenfall Ansprüche gegen einen Dritten, für den er nicht haftet, oder hat der Spediteur gegen einen Dritten seine eigene Haftung übersteigende Ersatzansprüche, so hat er diese Ansprüche dem Auftraggeber auf dessen Verlangen abzutreten, es sei denn, daß der Spediteur aufgrund besonderer Abmachung die Verfolgung der Ansprüche für Rechnung und Gefahr des Auftraggebers übernimmt.

Der Auftraggeber kann auch verlangen, daß der Spediteur ihm die gesamten Ansprüche gegen den Dritten erfüllungshalber abtritt. § 437 HGB bleibt unberührt.

Soweit die Ansprüche des Auftraggebers vom Spediteur oder aus der Speditionsversicherung befriedigt worden sind, erstreckt sich der Abtretungsanspruch nur auf den die Leistung des Spediteurs bzw. der Versicherung übersteigenden Teil des Anspruchs gegen den Dritten.

23. Haftungsbegrenzungen

23.1 Die Haftung des Spediteurs bei Verlust oder Beschädigung des Gutes (Güterschaden) ist mit Ausnahme der verfügten Lagerung der Höhe nach begrenzt

23.1.1 auf € 5 für jedes Kilogramm des Rohgewichts der Sendung;

23.1.2 bei einem Schaden, der an dem Gut während des Transports mit einem Beförderungsmittel eingetreten ist, abweichend von Ziffer 23.1.1 auf den für diese Beförderung gesetzlich festgelegten Haftungshöchstbetrag;

23.1.3 bei einem Verkehrsvertrag über eine Beförderung mit verschiedenartigen Beförderungsmitteln unter Einschluß einer Seebeförderung, abweichend von Ziffer 23.1.1. auf 2 SZR für jedes Kilogramm.

23.1.4 in jedem Schadenfall höchstens auf einen Betrag von € 1 Mio. oder 2 SZR für jedes Kilogramm, je nachdem, welcher Betrag höher ist.

23.2 Sind nur einzelne Packstücke oder Teile der Sendung verloren oder beschädigt worden, berechnet sich die Haftungshöchstsumme nach dem Rohgewicht

- der gesamten Sendung, wenn die gesamte Sendung entwertet ist,
- des entwerteten Teils der Sendung, wenn nur ein Teil der Sendung entwertet ist.

23.3 Die Haftung des Spediteurs für andere als Güterschäden mit Ausnahme von Personenschäden und Sachschäden an Drittgut ist der Höhe nach begrenzt auf das Dreifache des Betrages, der bei Verlust des Gutes zu zahlen wäre, höchstens auf einen Betrag von 100.000 Euro je Schadenfall. Die §§ 431 Abs. 3, 433 HGB bleiben unberührt.

23.4 Die Haftung des Spediteurs ist in jedem Fall, unabhängig davon, wie viele Ansprüche aus einem Schadenereignis erhoben werden, begrenzt auf € 2 Mio. je Schadenereignis oder 2 SZR für jedes Kilogramm der verlorenen und beschädigten Güter, je nachdem, welcher Betrag höher ist, bei mehreren Geschädigten haftet der Spediteur anteilig im Verhältnis ihrer Ansprü-

che.

23.5 Für die Berechnung des SZR gilt § 431 Abs. 4 HGB.

24. Haftungsbegrenzungen bei verfügbarer Lagerung

24.1 Die Haftung des Spediteurs bei Verlust oder Beschädigung des Gutes (Güterschaden) ist bei einer verfügbaren Lagerung begrenzt

24.1.1 auf € 5 für jedes Kilogramm des Rohgewichts der Sendung,

24.1.2 höchstens € 5.000 je Schadenfall; besteht der Schaden eines Auftraggebers in einer Differenz zwischen Soll- und Ist-Bestand des Lagerbestandes (Ziffer 15.6), so ist die Haftungshöhe auf € 25.000 begrenzt, unabhängig von der Zahl der für die Inventurdifferenz ursächlichen Schadenfälle. In beiden Fällen bleibt Ziffer 24.1.1 unberührt.

24.2 Ziffer 23.2 gilt entsprechend.

24.3 Die Haftung des Spediteurs für andere als Güterschäden mit Ausnahme von Personenschäden und Sachschäden an Drittgut ist bei einer verfügbaren Lagerung begrenzt auf € 5.000 je Schadenfall.

24.4 Die Haftung des Spediteurs ist in jedem Fall, unabhängig davon, wie viele Ansprüche aus einem Schadenereignis erhoben werden, auf € 2 Mio. je Schadenereignis begrenzt; bei mehreren Geschädigten haftet der Spediteur anteilig im Verhältnis ihrer Ansprüche.

25. Beweislast

25.1 Der Auftraggeber hat im Schadenfall zu beweisen, daß dem Spediteur ein Gut bestimmter Menge und Beschaffenheit ohne äußerlich erkennbare Schäden (§ 438 HGB) übergeben worden ist. Der Spediteur hat zu beweisen, daß er das Gut, wie er es erhalten hat, abgeliefert hat.

25.2 Der Beweis dafür, daß ein Güterschaden während des Transports mit einem Beförderungsmittel (Ziffer 23.1.2) eingetreten ist, obliegt demjenigen, der dies behauptet. Bei unbekanntem Schadenort hat der Spediteur auf Verlangen des Auftraggebers oder Empfängers den Ablauf der Beförderung anhand einer Schnittstellendokumentation (Ziffer 7) darzulegen. Es wird vermutet, daß der Schaden auf derjenigen Beförderungsstrecke eingetreten ist, für die der Spediteur eine vorbehaltlose Quittung nicht vorlegt.

25.3 Der Spediteur ist verpflichtet, durch Einholung von Auskünften und Beweismitteln für die Feststellung zu sorgen, wo der geltend gemachte Schaden eingetreten ist.

26. Außervertragliche Ansprüche

Die vorstehenden Haftungsbefreiungen und -beschränkungen gelten entsprechend §§ 434, 436 HGB auch für außervertragliche Ansprüche.

27. Qualifiziertes Verschulden

Die vorstehenden Haftungsbefreiungen und -begrenzungen gelten nicht, wenn der Schaden verursacht worden ist

- 27.1 durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit des Spediteurs oder seiner leitenden Angestellten oder durch Verletzung vertragswesentlicher Pflichten, wobei Ersatzansprüche in letzterem Fall begrenzt sind auf den vorhersehbaren, typischen Schaden;
- 27.2 in den Fällen der §§ 425 ff, 461 Abs. 1 HGB durch den Spediteur oder die in §§ 428, 462 HGB genannten Personen vorsätzlich oder leichtfertig und in dem Bewußtsein, daß ein Schaden mit Wahrscheinlichkeit eintreten werde.

28. Schadenanzeige

Für die Anzeige eines Schadens findet § 438 HGB Anwendung.

29. Haftungsversicherung des Spediteurs

- 29.1 Der Spediteur ist verpflichtet, bei einem Versicherer seiner Wahl eine Haftungsversicherung zu marktüblichen Bedingungen abzuschließen und aufrecht zu erhalten, die seine verkehrsvertragliche Haftung nach den ADSp und nach dem Gesetz im Umfang der Regelhaftungssummen abdeckt.
- 29.2 Die Vereinbarung einer Höchstersatzleistung je Schadenfall, Schadenereignis und Jahr ist zulässig; ebenso die Vereinbarung einer Schadenbeteiligung des Spediteurs.
- 29.3 Der Spediteur darf sich gegenüber dem Auftraggeber auf die ADSp nur berufen, wenn er bei Auftragserteilung einen ausreichenden Haftungsversicherungsschutz vorhält.
- 29.4 Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Spediteur diesen Haftungsversicherungsschutz durch eine Bestätigung des Versicherers nachzuweisen.

30. Erfüllungsort, Gerichtsstand, anzuwendendes Recht

- 30.1 Der Erfüllungsort ist für alle Beteiligten der Ort derjenigen Niederlassung des Spediteurs, an die der Auftrag gerichtet ist.
- 30.2 Der Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten, die aus dem Auftragsverhältnis oder im Zusammenhang damit entstehen, ist für alle Beteiligten, soweit sie Kaufleute sind, der Ort derjenigen Niederlassung des Spediteurs, an die der Auftrag gerichtet ist; für Ansprüche gegen den Spediteur ist dieser Gerichtsstand ausschließlich.
- 30.3 Für die Rechtsbeziehungen des Spediteurs zum Auftraggeber oder zu seinen Rechtsnachfolgern gilt deutsches Recht.

German Freight Forwarders' Standard Terms and Conditions - ADSp -

(The following text is a translation from the German language original. In case of disputes the German language original of the ADSp are applicable)

Preface

The terms and conditions are recommended for use, starting January 1st, 2003, by the Federal Association of German Industry, the Federal Association of German Wholesalers and Exporters, the Federal Association of German Freight Forwarders and Logistics Operators, the Association of German Chambers of Industrie and Commerce, and the German Association of Retailers. This recommendation is not obligatory. Contract parties can formulate different agreements.

1. Interest of the principal and due care

The freight forwarder shall act in the interest of his principal and fulfil his duties with due care.

2. Area of application

2.1 The ADSp apply to all contracts for the transportation of goods, irrespective of whether they concern freight forwarding, carriage, warehousing or other services common to the forwarding trade; these also include logistical services commonly provided by freight forwarders in connection with the carriage or storage of goods.

2.2 In the case of forwarding services regulated by sections 453 to 466 of the German Commercial Law (HGB), the freight forwarder is only responsible for arranging the necessary contracts required for the performance of these services, unless other legal provisions take precedence

2.3 The ADSp are not applicable for contracts that deal exclusively with

- packaging,
- the carriage of removal goods and their storage,
- crane lifting, assembly jobs or heavy lift and high volume transports, except for normal transshipment services of the freight forwarder.
- the carriage and storage of goods to be towed or salvaged.

2.4 The ADSp are not applicable for transport contracts with consumers. Consumers are natural persons concluding the contract for reasons other than commercial or in pursuit of their professional activities.

2.5 If trade customs or legal provisions differ from the ADSp, the ADSp take precedence

unless these legal provisions are mandatory.

For contracts of carriage by air, sea, inland waterways or for multi-modal transports different contractual arrangements may be made in accordance with the terms of carriage devised for these transports.

- 2.6 The freight forwarder is authorised to agree to normal standard terms and conditions of third parties.
- 2.7 In the relationship between a principal freight forwarder and an intermediate freight forwarder, the ADS are deemed to be the general terms and conditions of the intermediate freight forwarder.

3. Instructions, transmission errors, contents, special type of goods

- 3.1 Forwarding instructions, other instructions, directives and communications are valid even if given informally. Subsequent modifications must be specifically identifiable as being amendments.

The burden of proof for the correct and complete transmission lies with the party referring to it.

- 3.2 If statements must be made in writing, they are deemed to have been made in writing when using electronic data communication or any other machine readable form for as long as the originator of the message is identifiable.

- 3.3 The principal must inform the freight forwarder, at the time of giving the instructions, that the transport contract concerns:

- dangerous goods
- live animals and plants
- perishables
- valuable goods and goods with an inherent risk of theft

- 3.4 The principal must specify in his instructions addresses, marks, numbers, quantity, nature and contents of the packages as well as declaring the properties of the goods, as required by section 3.3, the goods value for insurance purposes and any other information relevant for the proper execution of the forwarding instructions.

- 3.5 In the case of dangerous goods, the principal must inform the freight forwarder in writing - at the time of giving the instructions - of the exact nature of the hazard and, if appropriate, about precautionary measures. In the case of dangerous goods subject to the law for the carriage of dangerous goods or other goods, the carriage of which is subject to specific regulations regarding dangerous goods, their handling or their disposal, the principal has to make the necessary declarations required for the proper execution of the forwarding instruction, especially the classification in accordance with the regulations for dangerous goods.

- 3.6 The principal must inform the freight forwarder about particularly valuable goods or goods with an inherent risk of theft (e.g., cash, precious metals, jewellery, clocks and watches, precious stones, works of art, antiquities, bank or credit cards, valid telephone cards or other means of payment, bonds, shares and similar, foreign currencies, documents, spirits, tobacco, entertainment electronics, telecommunications devices and accessories) and goods with an actual value of € 50 per kg or more well in advance to allow the freight forwarder to decide about acceptance of the goods and to take measures for a safe and secure execution of the forwarding job.

- 3.7 If a forwarding instruction does not comply with the terms stated in sections 3.3 to 3.6, the freight forwarder has the option to
- refuse acceptance of the goods
 - return goods already accepted or to make them available for collection
 - ship, transport or store them without the need to notify the principal and to charge an extra, appropriate fee, if the safe and secure execution of the instruction causes extra costs.

3.8 The freight forwarder is not obliged to check or supplement the statements made regarding sections 3.3 to 3.6.

3.9 The freight forwarder is not obliged to check the authenticity of signatures on any messages or documents relating to goods, nor to check the authority of the signatories, unless there exist reasonable doubts concerning the authenticity or authority.

4. Packaging, provision of loading and packaging aids, weighing and checking

4.1 Unless specifically stated, the forwarding instruction does not cover

4.1.1 the packaging of the goods,

4.1.2 the weighing, checking, measures to preserve or enhance the goods and its packaging, unless this is customary for this kind of transaction,

4.1.3 the provision or exchange of pallets or other loading or packaging aids. If they are not swapped one-for-one, they are only picked up as part of a new forwarding instruction. This does not apply if the exchange is intentionally not carried out by the freight forwarder.

4.2 The services under section 4.1 are charged for separately.

5. Customs clearance

5.1 The instruction for shipment to a destination in another country includes instructions for customs clearance, if this is necessary for arranging the transport to the place of destination.

5.2 The freight forwarder is entitled to an extra fee for the customs clearance, over and above the actual costs incurred.

5.3 The instruction to forward bonded goods or to deliver them free house, authorises the freight forwarder to effect the customs clearance and to advance customs and excise duties and fees.

6. Packaging and marking obligation of the principal

6.1 The packages have to be clearly and durably marked by the principal to facilitate their proper handling, e.g. addresses, marks, numbers, symbols for handling and properties; old marks must be removed or made illegible.

6.2 In addition, the principal is under obligation:

- 6.2.1 to mark all packages belonging to the same consignment in such a way that they are easily recognised as forming one consignment,
- 6.2.2 to prepare packages in such a way that they may not be accessed without leaving visible trace (adhesive tape, bands, etc. are only permissible when they are individually designed or otherwise difficult to imitate; foil wrapping must be thermally sealed);
- 6.2.3 in case of a consignment being part of a forwarders consolidation, to group the individual packages or units of this consignment into larger units if their strap length (largest circumference plus longest side) is less than 1 metre;
- 6.2.4 to combine a consignment of hanging garments consisting of several individual units into wrapped units for easier handling;
- 6.2.5 to mark packing units with a gross weight of at least 1,000 kilograms with the weight specification as prescribed for heavy loads to be transported by ship.
- 6.3 Packages are single packages or units of packages, formed by the principal for the purpose of being carried according to the forwarding instruction, e.g., boxes, wireboxes, pallets, handling units, enclosed loading units such as covered wagons, wagons with tarpaulin covers, semi-trailers, swap bodies, containers or igloos.
- 6.4 If the packages do not comply with the terms under 6.1 and 6.2, section 3.7 shall apply.

7. Supervisory duties of the freight forwarder

- 7.1. At specific interfaces the freight forwarder is under the obligation to:
 - 7.1.1 check packages regarding their quantity, identity and apparent good order and whether seals and fastenings are intact;
 - 7.1.2 document irregularities (e.g. in the accompanying document or by special notification)
- 7.2 An interface is any point at which the responsibility for the packages is passed on to another operator/agent or the handing over point at the end of each stage of the transportation process.

8. Receipt

- 8.1 Upon request by the principal, the freight forwarder shall issue a certificate of receipt.

With this certificate the freight forwarder confirms the quantity and type of packages, but not their contents, value or weight. In the case of bulk goods, full loads and such like the certificate of receipt does not state the gross weight or any other description of the quantity of the goods.
- 8.2 As proof of delivery the freight forwarder requests from the consignee a receipt of the packages as named in the forwarding instruction or other accompanying transport documents. Should the consignee refuse to sign for the receipt of the goods, the freight forwarder must request further instructions. If the goods have already been unloaded at the consignee, the freight forwarder is entitled to regain possession.

9. Instructions

- 9.1 An instruction remains valid for the freight forwarder until revoked by the principal.
- 9.2 In the case of insufficient or impractical instructions the freight forwarder may use his professional judgement.
- 9.3 An instruction to hold goods at the disposal of a third party can no longer be revoked after instructions from the third party have been received by the freight forwarder.

10. Freight payment, cash on delivery

- 10.1 The statement by the principal that the instruction is to be executed freight unpaid or that the costs are to be paid by the consignee or a third party does not affect his liability for payment of all charges.
- 10.2 The statement in section 10.1 does not concern cash on delivery instructions.

11. Deadlines

- 11.1 In the absence of specific agreements, neither loading or delivery deadlines are guaranteed, nor the sequence of the handling of goods of the same means of transport.
- 11.2 This does not affect the freight forwarder's statutory liability with regard to missing deadlines.

12. Obstacles

- 12.1 Obstacles beyond the freight forwarder's control relieve him, for their duration, from the duties that are affected by these obstacles.

In the case of such obstacles, the freight forwarder or the principal have the right to withdraw from the contract even if it has already been partially performed.

If the freight forwarder or the principal withdraws from the contract, the freight forwarder is entitled to the costs which he deemed to be necessary to be incurred or which were incurred in the interest of the principal.

- 12.2 The freight forwarder is only obliged within the framework of his ordinary professional care to advise the principal about legal or official restrictions concerning the shipment (e.g., import/export restrictions). If, however, the freight forwarder, through public statements or in the course of negotiations, created the impression that he has expert knowledge about specific circumstances, he has to act appropriately to this knowledge and expertise.
- 12.3 Governmental and/or official acts beyond the freight forwarder's control do not affect the rights of the freight forwarder towards his principal; the principal is liable towards the freight forwarder for all claims arising out of such acts. Claims of the freight forwarder against the state or third parties are not affected.

13. Delivery

Delivery is deemed to have been affected when the goods are handed over to any person present on the premises of the consignee, unless there are apparent reasonable doubts about their authority to receive goods on behalf of the consignee.

14. Right to information

- 14.1 The freight forwarder is obliged to provide the principal with all necessary information, to inform him, upon request, about the status of the transaction and to provide information about all transactions so far, however, he is only obliged to reveal the costs incurred if he acted in the name of the principal.
- 14.2 The freight forwarder is obliged to pass everything he receives/obtains while acting for him to the principal.

15. Warehousing

- 15.1 The choice of warehousing location (own or third party) lies with the freight forwarder. In case of a third party warehouse the freight forwarder must notify the principal in writing and immediately of the warehouse company and its address, or, in case of a warehouse warrant, to mark these on the warrant.
- 15.2 The principal is at liberty to inspect the warehouse. Objections or complaints about the storage of the goods must be made immediately. If he does not exercise the right of inspection, he waves all rights to objections against the storage and warehousing, for as long as the choice and type of storage complies with the usual professional care of a freight forwarder.
- 15.3 Access to the warehouse is only granted to the principal during the normal working hours of the freight forwarder and in his company.
- 15.4 If the principal handles the goods (e.g. sample taking) the freight forwarder may demand that the number, the weight and the status of the goods be inspected together with the principal. If the principal does not agree to this, the freight forwarder is not liable for damage discovered later, unless the damage was clearly not caused by such handling of the goods.
- 15.5 The principal is liable for all damage caused by him or his staff or agents to the freight forwarder, other warehouse clients or third parties whilst on the premises of the warehouse, unless he, his staff or agents are not responsible for such damage.
- 15.6 In case of inventory discrepancies, the freight forwarder is entitled to balance shortages and surpluses of the same principal.
- 15.7 If the freight forwarder has reasonable doubt about the security of his claim upon the value of the goods he is entitled to set a reasonable time limit for the principal to either secure the claims of the freight forwarder or to make alternative provisions for the storage of the goods. If the principal does not comply with this, the freight forwarder is entitled to terminate the contract without further notice.

16. Offers and Payment

- 16.1 Offers from the freight forwarder and agreements with him regarding price and services always refer to specified own services or those of third parties, and to goods of normal size, weight and nature; they presume normal unfettered transport situations, unimpeded access, the possibility of immediate on-shipment and that freight rates, exchange rates and tariffs upon which the quotation was based remain valid, unless changes could be foreseen under the current circumstances. The note "plus the usual ancillary charges" entitles the freight forwarder to charge for supplements and surcharges.
- 16.2 All quotations made by the freight forwarder are valid only for immediate acceptance

and immediate execution of the relevant task, unless otherwise specified in the quotation, and when the instructions refer to the quotation.

- 16.3 In case of a cancellation of or withdrawal from the instruction the freight forwarder is entitled to the claims in accordance with §§ 415, 417 of the German Commercial Law (HGB).
- 16.4 In case of a COD- or other collection instruction being withdrawn retrospectively or if the money is not paid, the forwarder is still entitled to his collection fee.
- 16.5 If the consignee refuses to accept a consignment destined for him or, if the delivery is impossible for reasons beyond the control of the freight forwarder, the freight forwarder is entitled to the cartage charges for the return of the consignment.

17. Disbursements of the freight forwarder, exemption from third party claims

- 17.1 The freight forwarder is entitled to reimbursement for outlays which he could reasonably consider appropriate.
- 17.2 The instruction to accept incoming consignments entitles the freight forwarder - but does not oblige him - to advance freight, COD-sums, duties, taxes and other dues in connection with such consignments.
- 17.3 The principal has to relieve the freight forwarder immediately of demands regarding freight, average demands, customs duties, taxes or other dues directed against the freight forwarder as being agent for or possessor of the goods owned by third parties, when the freight forwarder is not responsible for such payments. The freight forwarder is entitled to take reasonable measures appropriate to protect himself. If the circumstances do not require immediate action, the freight forwarder must request instructions from his principal.
- 17.4 The principal must inform the freight forwarder in an appropriate way about all public/legal obligations, e.g. regarding customs regulations or trademark obligations, arising from the possession of the goods, unless it may reasonably be deduced from the quotation of the freight forwarder that he is aware of such obligations.

18. Invoices, foreign currencies

- 18.1 Freight forwarders' invoices are due immediately.
- 18.2 The freight forwarder can demand from his foreign principals payment either in local or German currency.
- 18.3 If the freight forwarder owes foreign currency amounts, or if he advances sums in foreign currencies, he can demand payment either in German or in foreign currency. If he demands payment in German currency, the current exchange rate will be used, unless it can be proven that a different rate of exchange must be used or was used.

19. Settlement

Claims arising out of the forwarding contract and other related claims may only be set off against counter claims, if these are undisputed.

20. Lien and retention

- 20.1 The freight forwarder has a lien on all goods in his possession or other valuables in

connection with any claim, whether due or not for any services for his principal in accordance with section 2.1. This lien does not exceed the general legal lien which applies.

- 20.2 The freight forwarder may exercise his lien for claims arising out of other contracts with the principal only if they are undisputed or if the financial situation of the debtor puts the claims of the freight forwarder at risk.
- 20.3 The time limit of one month as specified in section 1234 of the German commercial Law is superseded in all cases by a time limit of two weeks.
- 20.4 If the principal is in arrears, the freight forwarder is entitled, after due notice, to sell such a portion of the principal's goods in his possession as is necessary, after appropriate consideration, to meet his claims.
- 20.5 The freight forwarder is entitled to the usual sales commission on the net proceeds of the sale when exercising his lien.

21. Insurance of the goods

- 21.1 The freight forwarder arranges for the insurance of the goods (e.g., transit or warehousing insurance) with an insurer of his choice if instructed to do so by the principal before the goods are handed over.

If the freight forwarder cannot effect insurance cover, either due to the nature of the goods or for any other reason, he must inform the principal without delay.

- 21.2 The freight forwarder is entitled, but not obliged, to effect the insurance of the goods if this is in the interest of the principal. The freight forwarder may assume that the insurance cover is in the interest of the principal, especially when,
 - the freight forwarder effected insurance cover for previous freight forwarding instructions
 - the principal declared the value of the goods in his freight forwarding instructions (3.4).

This assumption for the arrangement of insurance cover may not be made if

- the principal expressly forbids such insurance cover
- the principal is a freight forwarder, carrier or warehousing company.

- 21.3 The freight forwarder, after due consideration decides the type and scope of the insurance and arranges the cover at the usual market rates, unless the principal instructs the freight forwarder differently, specifying the insured sum and the risks to be covered, in writing.
- 21.4 If the freight forwarder is himself the insurance policy holder and if he acted for the account of the principal he is obliged, if requested to do so, he is obliged to provide information about this in accordance with 14.1. In such a case the freight forwarder is obliged to invoice the premium for each freight forwarding instruction individually, to document it and to pay it to the insurer exclusively for this insurance cover.
- 21.5 The freight forwarder is entitled to a special fee, apart from his reimbursements, for arranging the insurance, handling claims and other administrative tasks in connection with claims and averages.

22. Liability of the freight forwarder, cession of claims

- 22.1 The freight forwarder bears liability for all his services (section 2.1) according to legal regulations. Unless specified otherwise, however, the following shall apply.
- 22.2 If the freight forwarder is only responsible for arranging the contracts required for the services requested, his responsibility is limited to the careful choice of such third party service providers.
- 22.3 In all cases where the freight forwarder is liable for loss of or damage to goods, his liability will be in accordance with §§ 429, 430 of the German Commercial Law.
- 22.4 If §§ 425 pp and 461, section 1 of the German Commercial Law are not applicable, the freight forwarder is liable for damage resulting from:
- 22.4.1 - insufficient packaging or marking by the principal or third parties
 - 22.4.2 - agreed or customary outdoor storage
 - 22.4.3 - theft or robbery (§§ 243, 244, 249 German Penal Code)
 - 22.4.4 - Acts of God, weather conditions, failure of appliances or wiring, influence of other goods, damage by animals, inherent vice

Only, if there is evidence of the freight forwarder being at fault. If the damage could have arisen from one of the above circumstances it shall be deemed to have arisen from it.

- 22.5 If the freight forwarder has a claim against a third party for damage for which he is not liable, or if the freight forwarder has claims in excess of the sum for which he is liable, he must, on request, cede such claim to his principal, unless the freight forwarder, by special agreement, had undertaken to pursue such claims at the cost and risk of his principal.

The principal may also demand that the freight forwarder cedes all claims against third parties to him. § 437 of the German Commercial Law remains unaffected.

If the claims of the principal have been met by the freight forwarder or by the forwarders' insurance, the claim to be ceded is limited to that portion which exceeds that already paid by the freight forwarder or his insurance.

23. Limitation of liability

- 23.1 The liability of the freight forwarder for loss of or damage to goods, with the exception of warehousing on request, is limited:**

23.1.1 to € 5 per kilogram of gross weight of the consignment;

23.1.2 in case of damage occurring to goods whilst being carried, the damage is limited - contrary to section 23.1.1 - to the legally limited maximum amount specified for this type of carriage;

23.1.3 in case of a contract of multi-modal carriage - including sea transport - to 2 SDR per kg;

23.1.4 to € 1 million or 2 SDR per kg per claim, whichever is the higher.

23.2 If only individual packages or parts of the consignment were damaged or lost, the maximum liability is calculated on the basis of the gross weight

- of the whole consignment if it is rendered valueless
- of that part of the consignment that is rendered valueless

23.3 The liability of the freight forwarder for damage other than to goods, excepting personal injury and damage to goods that are not subject of the contract of transportation, is limited to three times the amount payable for the loss of the goods, but not more than € 100,000 per event. §§ 431 section 3 and 433 HG B (German Commercial Code) remain unaffected.

23.4 The liability of the freight forwarder, irrespective of the number of claims per event is limited to € 2 Millions per event or 2 SDR per kg of lost or damaged goods, whichever is the greater; in the case of more than one claimant the freight forwarder's liability is proportionate to their individual claims

23.5 The SDR is calculated in accordance with § 431, section 4 of the German Commercial Law.

24. Liability limitations in the case of warehousing upon instruction

24.1 The liability of the freight forwarder for loss of or damage to goods in the case of warehousing upon instruction is limited

24.1.1 to € 5 for each kg gross weight of the consignment,

24.1.2 to a maximum of € 5,000 per claim; if the claim of a principal is based upon the difference between the nominal and actual inventory (section 15.6) the liability is limited to € 25,000, irrespective of the number of events causing the inventory discrepancy. Section 24.1.1 is not affected.

24.2 Section 23.2 applies accordingly.

24.3 In the case of warehousing upon instruction the liability of the freight forwarder for claims other than for damage to goods, excepting personal injury and damage to goods that are not subject of the contract of transportation, is limited to € 5,000 per claim.

24.4 Irrespective of the number of claims arising from an event, the liability of a freight forwarder is limited to € 2 Millions per event; in the case of more than one claimant the freight forwarder's liability is distributed amongst them in proportion to their individual claims.

25. Burden of proof

25.1 The principal must provide evidence that goods of a specified quantity and state were handed to the freight forwarder in apparent good order (§ 438 German Commercial Law). The freight forwarder must provide evidence that he delivered the goods as he received them.

25.2 The burden of proof that goods were damaged whilst being transported (Section 23.1.2) in the means of transport lies with the party claiming such damage. If the place where the damage occurred is unknown, the freight forwarder must specify the

sequence of transportation by documenting the interfaces (Section 7) if requested by the principal or the consignee. It is to be assumed that the damage occurred during that stage of the transportation for which the freight forwarder cannot provide a clean receipt.

- 25.3 The freight forwarder is obliged to ascertain, through appropriate enquiries and obtaining evidence, where the damage occurred.

26. Non-contractual claims

The aforementioned releases from and limitations of liability apply also, in accordance with §§ 434, 436 of the German Commercial Law, to claims not arising out of freight forwarding contracts.

27. Specific responsibility

The aforementioned releases from and limitations of liability do not apply, if the damage was caused:

- 27.1 By intent or gross negligence of the freight forwarder or his management staff or by violation of fundamental duties of the contract in which case damage claims shall be limited to foreseeable, typical damage;
- 27.2 by the freight forwarder in cases covered by §§ 425 pp, 461 Abs. 1 of the German Commercial Law or by persons specified in §§ 428, 462 of the German Commercial Law acting intentionally or recklessly, knowing that damage to the goods would be probable.

28. Notification of a claim

Claims have to be made in accordance with § 438 of the German Commercial Law.

29. Freight forwarding insurance

- 29.1 The freight forwarder is obliged to cover, at going market rates, his transport-related liability according to ADSp and as legally required to cover standard liabilities with an insurer of his choice.
- 29.2 Agreements for maximum compensation per claim, event and year are permitted; also contributions from the freight forwarder.
- 29.3 The freight forwarder may only refer to the ADSp towards his principal if he has arranged sufficient insurance cover at the time of the forwarding instructions are issued.
- 29.4 If requested by the principal, the freight forwarder has to provide proof of this liability insurance cover

30. Place of fulfilment, place of jurisdiction, applicable law

- 30.1 The place of fulfilment for all parties to the contract is the location of that branch office of the freight forwarder at which the instructions are directed.
- 30.2 The place of jurisdiction for all disputes arising out the instruction is for all participants, so far as they are business people, the location of that branch office of the freight forwarder at which the instructions are directed.

30.3 The legal relationship between the freight forwarder and the principal or his legal successors is governed by the law of the Federal Republic of Germany.

Verbraucher ist eine natürliche Person, die den Vertrag zu einem Zweck abschließt, der weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann.

- 2.5 Weichen Handelsbräuche oder gesetzliche Bestimmungen von den ADSp ab, so gehen die ADSp vor, es sei denn, daß die gesetzlichen Bestimmungen zwingend oder AGB-fest sind.

Bei Verkehrsverträgen über Luft-, See-, Binnenschiffs- oder multimodale Transporte können abweichende Vereinbarungen nach den dafür etwa aufgestellten besonderen Beförderungsbedingungen getroffen werden

- 2.6 Der Spediteur ist zur Vereinbarung der üblichen Geschäftsbedingungen Dritter befugt.

- 2.7 Im Verhältnis zwischen Erst- und Zwischenspediteur gelten die ADSp als Allgemeine Geschäftsbedingungen des Zwischenspediteurs.

3. Auftrag, Übermittlungsfehler, Inhalt, besondere Güterarten

- 3.1 Aufträge, Weisungen, Erklärungen und Mitteilungen sind formlos gültig. Nachträgliche Änderungen sind als solche deutlich kenntlich zu machen.

Die Beweislast für den Inhalt sowie die richtige und vollständige Übermittlung trägt, wer sich darauf beruft.

- 3.2 Soweit für Erklärungen die Schriftform verlangt wird, steht ihr die Datenfernübertragung und jede sonst lesbare Form gleich, sofern sie den Aussteller erkennbar macht.

- 3.3 Der Auftraggeber hat dem Spediteur bei Auftragserteilung mitzuteilen, daß Gegenstand des Verkehrsvertrages sind:

- Gefährliche Güter
- Lebende Tiere und Pflanzen
- Leicht verderbliche Güter
- Besonders wertvolle und diebstahlsgefährdete Güter

- 3.4 Der Auftraggeber hat im Auftrag Adressen, Zeichen, Nummern, Anzahl, Art und Inhalt der Packstücke, Eigenschaften des Gutes im Sinne von Ziffer 3.3, den Warenwert für eine Versicherung des Gutes und alle sonstigen erkennbar für die ordnungsgemäße Ausführung des Auftrags erheblichen Umstände anzugeben.

- 3.5 Bei gefährlichem Gut hat der Auftraggeber bei Auftragserteilung dem Spediteur schriftlich die genaue Art der Gefahr und - soweit erforderlich - die zu ergreifenden Vorsichtsmaßnahmen mitzuteilen. Handelt es sich um Gefahrgut im Sinne des Gesetzes über die Beförderung gefährlicher Güter oder um sonstige Güter, für deren Beförderung oder Lagerung besondere gefahrgut-, umgangs- oder abfallrechtliche Vorschriften bestehen, so hat der Auftraggeber alle für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrags erforderlichen Angaben, insbesondere die Klassifizierung nach dem einschlägigen Gefahrgutrecht, mitzuteilen.

- 3.6 Der Auftraggeber hat den Spediteur bei besonders wertvollen oder diebstahlsge-

fährdeten Gütern (z.B. Geld, Edelmetalle, Schmuck, Uhren, Edelsteine, Kunstgegenstände, Antiquitäten, Scheck-, Kreditkarten, gültige Telefonkarten oder andere Zahlungsmittel, Wertpapiere, Valoren, Dokumente, Spirituosen, Tabakwaren, Unterhaltungselektronik, Telekommunikationsgeräte, EDV-Geräte und -Zubehör) sowie bei Gütern mit einem tatsächlichen Wert von 50 Euro/kg und mehr so rechtzeitig vor Übernahme durch den Spediteur schriftlich zu informieren, daß der Spediteur die Möglichkeit hat, über die Annahme des Gutes zu entscheiden und Maßnahmen für eine sichere und schadenfreie Abwicklung des Auftrags zu treffen.

- 3.7 Entspricht ein dem Spediteur erteilter Auftrag nicht den in Ziffern 3.3 - 3.6 genannten Bedingungen, so steht es dem Spediteur frei,
- die Annahme des Gutes zu verweigern,
 - bereits übernommenes Gut zurückzugeben bzw. zur Abholung bereitzuhalten
 - dieses ohne Benachrichtigung des Auftraggebers zu versenden, zu befördern oder einzulagern und eine zusätzliche, angemessene Vergütung zu verlangen, wenn eine sichere und schadenfreie Ausführung des Auftrags mit erhöhten Kosten verbunden ist.
- 3.8 Der Spediteur ist nicht verpflichtet, die nach Ziffern 3.3 bis 3.6 gemachten Angaben nachzuprüfen oder zu ergänzen
- 3.9 Der Spediteur ist nicht verpflichtet, die Echtheit der Unterschriften auf irgendwelchen das Gut betreffenden Mitteilungen oder sonstigen Schriftstücken oder die Befugnis der Unterzeichner zu prüfen, es sei denn, daß an der Echtheit oder der Befugnis begründete Zweifel bestehen.

4. Verpackung, Gestellung von Ladehilfs- und Packmitteln, Verwiegung und Untersuchung des Gutes

- 4.1 Der dem Spediteur erteilte Auftrag umfaßt mangels Vereinbarung nicht
- 4.1.1 die Verpackung des Gutes,
 - 4.1.2 die Verwiegung, Untersuchung, Maßnahmen zur Erhaltung oder Besserung des Gutes und seiner Verpackung, es sei denn, dies ist geschäftsüblich,
 - 4.1.3 die Gestellung und den Tausch von Paletten oder sonstigen Ladehilfs- und Packmitteln.

Werden diese nicht Zug-um-Zug getauscht, erfolgt eine Abholung nur, wenn ein neuer Auftrag erteilt wird. Dies gilt nicht, wenn der Tausch auf Veranlassung des Spediteurs unterbleibt.

- 4.2 Die Tätigkeiten nach Ziffer 4.1 sind gesondert zu vergüten.

5. Zollamtliche Abwicklung

- 5.1 Der Auftrag zur Versendung nach einem Bestimmungsort im Ausland schließt den Auftrag zur zollamtlichen Abfertigung ein, wenn ohne sie die Beförderung bis zum Bestimmungsort nicht ausführbar ist.

- 5.2 Für die zollamtliche Abfertigung kann der Spediteur neben den tatsächlich auf-
laufenden Kosten eine besondere Vergütung berechnen.
- 5.3 Der Auftrag, unter Zollverschluß eingehende Sendungen zuzuführen oder frei
Haus zu liefern, schließt die Ermächtigung für den Spediteur ein, über die Erledi-
gung der erforderlichen Zollförmlichkeiten und die Auslegung der zollamtlich fest-
gesetzten Abgaben zu entscheiden.

6. Verpackungs- und Kennzeichnungspflichten des Auftraggebers

- 6.1 Die Packstücke sind vom Auftraggeber deutlich und haltbar mit den für ihre auf-
tragsgemäße Behandlung erforderlichen Kennzeichen zu versehen, wie Adres-
sen, Zeichen, Nummern, Symbolen für Handhabung und Eigenschaften; alte
Kennzeichen müssen entfernt oder unkenntlich gemacht sein.
- 6.2 Darüber hinaus ist der Auftraggeber verpflichtet,
- 6.2.1 zu e i n e r Sendung gehörende Packstücke als zusammengehörig leicht er-
kennbar zu kennzeichnen;
- 6.2.2 Packstücke so herzurichten, daß ein Zugriff auf den Inhalt ohne Hinterlassen
äußerlich sichtbarer Spuren nicht möglich ist (Klebeband, Umreifungen oder ähn-
liches sind nur ausreichend, wenn sie individuell gestaltet oder sonst schwer
nachahmbar sind; eine Umwicklung mit Folie nur, wenn diese verschweißt ist);
- 6.2.3 bei einer im Spediteursammelgutverkehr abzufertigenden Sendung, die aus
mehreren Stücken oder Einheiten mit einem Gurtmaß (größter Umfang zuzüglich
längste Kante) von weniger als 1 m besteht, diese zu größeren Packstücken
zusammenzufassen;
- 6.2.4 bei einer im Hängeversand abzufertigenden Sendung, die aus mehreren Stücken
besteht, diese zu Griffeinheiten in geschlossenen Hüllen zusammenzufassen;
- 6.2.5 auf Packstücken von mindestens 1 000 kg Rohgewicht die durch das Gesetz
über die Gewichtsbezeichnung an schweren auf Schiffen beförderten Frachtstü-
cken vorgeschriebene Gewichtsbezeichnung anzubringen.
- 6.3 Packstücke sind Einzelstücke oder vom Auftraggeber zur Abwicklung des Auf-
trags gebildete Einheiten, z.B. Kisten, Gitterboxen, Paletten, Griffeinheiten, ge-
schlossene Ladegefäße, wie gedeckt gebaute oder mit Planen versehene Wag-
gons, Auflieger oder Wechselbrücken, Container, Iglus.
- 6.4 Entsprechen die Packstücke nicht den in Ziffern 6.1 und 6.2 genannten Bedin-
gungen, findet Ziffer 3.7 entsprechende Anwendung.

7. Kontrollpflichten des Spediteurs

- 7.1 Der Spediteur ist verpflichtet, an Schnittstellen
- 7.1.1 die Packstücke auf Vollzähligkeit und Identität sowie äußerlich erkennbare Schä-
den und Unversehrtheit von Plomben und Verschlüssen zu überprüfen und

- 7.1.2 Unregelmäßigkeiten zu dokumentieren (z.B. in den Begleitpapieren oder durch besondere Benachrichtigung).
- 7.2 Schnittstelle ist jeder Übergang der Packstücke von einer Rechtsperson auf eine andere sowie die Ablieferung am Ende jeder Beförderungsstrecke.

8. Quittung

- 8.1 Auf Verlangen des Auftraggebers erteilt der Spediteur eine Empfangsbescheinigung.

In der Empfangsbescheinigung bestätigt der Spediteur nur die Anzahl und Art der Packstücke, nicht jedoch deren Inhalt, Wert oder Gewicht. Bei Massengütern, Wagenladungen und dergleichen enthält die Empfangsbescheinigung im Zweifel keine Bestätigung des Rohgewichts oder der anders angegebenen Menge des Gutes.

- 8.2 Als Ablieferungsnachweis hat der Spediteur vom Empfänger eine Empfangsbescheinigung über die im Auftrag oder in sonstigen Begleitpapieren genannten Packstücke zu verlangen. Weigert sich der Empfänger, die Empfangsbescheinigung zu erteilen, so hat der Spediteur Weisung einzuholen. Ist das Gut beim Empfänger bereits ausgeladen, so ist der Spediteur berechtigt, es wieder an sich zu nehmen.

9. Weisungen

- 9.1 Eine über das Gut erteilte Weisung bleibt für den Spediteur bis zu einem Widerruf des Auftraggebers maßgebend.
- 9.2 Mangels ausreichender oder ausführbarer Weisung darf der Spediteur nach seinem pflichtgemäßen Ermessen handeln.
- 9.3 Ein Auftrag, das Gut zur Verfügung eines Dritten zu halten, kann nicht mehr widerrufen werden, sobald die Verfügung des Dritten beim Spediteur eingegangen ist.

10. Frachtüberweisung, Nachnahme

- 10.1 Die Mitteilung des Auftraggebers, der Auftrag sei unfrei abzufertigen oder der Auftrag sei für Rechnung des Empfängers oder eines Dritten auszuführen, berührt nicht die Verpflichtung des Auftraggebers gegenüber dem Spediteur, die Vergütung sowie die sonstigen Aufwendungen zu tragen.
- 10.2 Die Mitteilung nach Ziffer 10.1 enthält keine Nachnahmeweisung.

11. Fristen

- 11.1 Mangels Vereinbarung werden Verlade- und Lieferfristen nicht gewährleistet, ebensowenig eine bestimmte Reihenfolge in der Abfertigung von Gütern gleicher Beförderungsart.

- 11.2 Unberührt bleibt die gesetzliche Haftung des Spediteurs für eine Überschreitung der Lieferfrist.

12. Hindernisse

- 12.1 Leistungshindernisse, die nicht dem Risikobereich des Spediteurs zuzurechnen sind, befreien ihn für die Zeit ihrer Dauer von den Verpflichtungen, deren Erfüllung unmöglich geworden ist.

Im Falle der Befreiung nach Satz 1 sind der Spediteur und der Auftraggeber berechtigt, vom Vertrage zurückzutreten, auch wenn der Auftrag schon teilweise ausgeführt worden ist.

Tritt der Spediteur oder Auftraggeber zurück, so sind dem Spediteur die Kosten zu erstatten, die er für erforderlich halten durfte oder die für den Auftraggeber von Interesse sind.

- 12.2 Der Spediteur hat nur im Rahmen seiner Sorgfaltspflicht zu prüfen und den Auftraggeber darauf hinzuweisen, ob gesetzliche oder behördliche Hindernisse für die Versendung (z.B. Ein- und Ausfuhrbeschränkungen) vorliegen. Soweit der Spediteur jedoch durch öffentliche Bekanntmachungen oder in den Vertragsverhandlungen den Eindruck erweckt hat, über besondere Kenntnisse für bestimmte Arten von Geschäften zu verfügen, hat er vorstehende Prüfungs- und Hinweispflichten entsprechend zu erfüllen.
- 12.3 Vom Spediteur nicht zu vertretende öffentlich-rechtliche Akte berühren die Rechte des Spediteurs gegenüber dem Auftraggeber nicht; der Auftraggeber haftet dem Spediteur für alle aus solchen Ereignissen entstehenden Folgen. Etwas Ansprüche des Spediteurs gegenüber dem Staat oder einem sonstigen Dritten werden hierdurch nicht berührt.

13. Ablieferung

Die Ablieferung erfolgt mit befreiender Wirkung an jede im Geschäft oder Haushalt des Empfängers anwesende Person, es sei denn, es bestehen begründete Zweifel an deren Empfangsberechtigung.

14. Auskunfts- und Herausgabepflicht des Spediteurs

- 14.1 Der Spediteur ist verpflichtet, dem Auftraggeber die erforderlichen Nachrichten zu geben, auf Verlangen über den Stand des Geschäftes Auskunft zu geben und nach dessen Ausführung Rechenschaft abzulegen; zur Offenlegung der Kosten ist er jedoch nur verpflichtet, wenn er für Rechnung des Auftraggebers tätig wird.
- 14.2 Der Spediteur ist verpflichtet, dem Auftraggeber alles, was er zur Ausführung des Geschäftes erhält und was er aus der Geschäftsführung erlangt, herauszugeben.

15. Lagerung

- 15.1 Die Lagerung erfolgt nach Wahl des Spediteurs in dessen eigenen oder fremden

Lagerräumen. Lagert der Spediteur bei einem fremden Lagerhalter ein, so hat er dessen Namen und den Lagerort dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich bekanntzugeben oder, falls ein Lagerschein ausgestellt ist, auf diesem zu vermerken.

- 15.2 Dem Auftraggeber steht es frei, die Lagerräume zu besichtigen oder besichtigen zu lassen. Einwände oder Beanstandungen gegen die Unterbringung des Gutes oder gegen die Wahl des Lagerraumes muß er unverzüglich vorbringen. Macht er von dem Besichtigungsrecht keinen Gebrauch, so begibt er sich aller Einwände gegen die Art und Weise der Unterbringung, soweit die Wahl des Lagerraumes und die Unterbringung unter Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen Spediteurs erfolgt ist.
- 15.3 Das Betreten des Lagers ist dem Auftraggeber nur in Begleitung des Spediteurs zu dessen Geschäftsstunden erlaubt.
- 15.4 Nimmt der Auftraggeber Handlungen mit dem Gut vor (z.B. Probeentnahme), so kann der Spediteur verlangen, daß Anzahl, Gewicht und Beschaffenheit des Gutes gemeinsam mit dem Auftraggeber festgestellt wird. Kommt der Auftraggeber diesem Verlangen nicht nach, ist die Haftung des Spediteurs für später festgestellte Schäden ausgeschlossen, es sei denn, der Schaden ist nicht auf die vorgenommenen Handlungen mit dem Gut zurückzuführen.
- 15.5 Der Auftraggeber haftet für alle Schäden, die er, seine Angestellten oder Beauftragten beim Betreten des Lagers oder beim Betreten oder Befahren des Lagergrundstückes dem Spediteur, anderen Einlagerern oder sonstigen Dritten zufügen, es sei denn, daß den Auftraggeber, seine Angestellten oder Beauftragten kein Verschulden trifft.
- 15.6 Bei Inventurdifferenzen kann der Spediteur bei gleichzeitigen Fehl- und Mehrbeständen desselben Auftraggebers eine wertmäßige Saldierung des Lagerbestandes vornehmen.
- 15.7 Entstehen dem Spediteur begründete Zweifel, ob seine Ansprüche durch den Wert des Gutes sichergestellt sind, so ist er berechtigt, dem Auftraggeber eine angemessene Frist zu setzen, in der dieser entweder für Sicherstellung der Ansprüche des Spediteurs oder für anderweitige Unterbringung des Gutes Sorge tragen kann. Kommt der Auftraggeber diesem Verlangen nicht nach, so ist der Spediteur zur Kündigung ohne Kündigungsfrist berechtigt.

16. Angebote und Vergütung

- 16.1 Angebote des Spediteurs und Vereinbarungen mit ihm über Preise und Leistungen beziehen sich stets nur auf die namentlich aufgeführten eigenen Leistungen oder Leistungen Dritter und nur auf Gut normalen Umfangs, normalen Gewichts und normaler Beschaffenheit; sie setzen normale unveränderte Beförderungsverhältnisse, ungehinderte Verbindungswege, Möglichkeit unmittelbarer sofortiger Weiterversendung sowie Weitergeltung der bisherigen Frachten, Valutaverhältnisse und Tarife, welche der Vereinbarung zugrunde lagen, voraus, es sei denn, die Veränderungen sind unter Berücksichtigung der Umstände vorhersehbar gewesen. Ein Vermerk, wie etwa "zuzüglich der üblichen Nebenspesen", berechtigt den Spediteur, Sondergebühren und Sonderauslagen zusätzlich zu berechnen.
- 16.2 Alle Angebote des Spediteurs gelten nur bei unverzüglicher Annahme zur sofor-

tigen Ausführung des betreffenden Auftrages, sofern sich nichts Gegenteiliges aus dem Angebot ergibt, und nur, wenn bei Erteilung des Auftrages auf das Angebot Bezug genommen wird.

- 16.3 Wird ein Auftrag gekündigt oder entzogen, so stehen dem Spediteur die Ansprüche nach §§ 415, 417 HGB zu.
- 16.4 Wird ein Nachnahme- oder sonstiger Einziehungsauftrag nachträglich zurückgezogen, oder geht der Betrag nicht ein, kann der Spediteur dennoch Provision erheben.
- 16.5 Lehnt der Empfänger die Annahme einer ihm zugerollten Sendung ab, oder ist die Ablieferung aus Gründen, die der Spediteur nicht zu vertreten hat, nicht möglich, so steht dem Spediteur für die Rückbeförderung Rollgeld in gleicher Höhe wie für die Hinbeförderung zu.

17. Aufwendungen des Spediteurs, Freistellungsanspruch

- 17.1 Der Spediteur hat Anspruch auf Ersatz der Aufwendungen, die er den Umständen nach für erforderlich halten durfte.
- 17.2 Der Auftrag, ankommendes Gut in Empfang zu nehmen, ermächtigt den Spediteur, verpflichtet ihn aber nicht, auf dem Gut ruhende Frachten, Wertnachnahmen, Zölle, Steuern und sonstige Abgaben sowie Spesen auszulegen.
- 17.3 Von Frachtforderungen, Havarieeinschüssen oder -beiträgen, Zöllen, Steuern und sonstigen Abgaben, die an den Spediteur, insbesondere als Verfügungsberechtigten oder als Besitzer fremden Gutes gestellt werden, hat der Auftraggeber den Spediteur auf Aufforderung sofort zu befreien, wenn sie der Spediteur nicht zu vertreten hat. Der Spediteur ist berechtigt, nach pflichtgemäßem Ermessen die zu seiner Sicherung oder Befreiung geeigneten Maßnahmen zu ergreifen. Sofern nicht die Notwendigkeit sofortigen Handelns geboten ist, hat der Spediteur Weisung einzuholen.
- 17.4 Der Auftraggeber hat den Spediteur in geschäftsüblicher Weise rechtzeitig auf alle öffentlich-rechtlichen, z.B. zollrechtlichen oder Dritten gegenüber bestehenden, z.B. markenrechtlichen Verpflichtungen aufmerksam zu machen, die mit dem Besitz des Gutes verbunden sind, soweit nicht aufgrund des Angebots des Spediteurs davon auszugehen ist, daß diese Verpflichtungen ihm bekannt sind.

18. Rechnungen, fremde Währungen

- 18.1 Rechnungen des Spediteurs sind sofort zu begleichen.
- 18.2 Der Spediteur ist berechtigt, von ausländischen Auftraggebern oder Empfängern nach seiner Wahl Zahlung in ihrer Landeswährung oder in deutscher Währung zu verlangen.
- 18.3 Schuldet der Spediteur fremde Währung oder legt er fremde Währung aus, so ist er berechtigt, entweder Zahlung in der fremden oder in deutscher Währung zu verlangen. Verlangt er deutsche Währung, so erfolgt die Umrechnung zu dem

am Tage der Zahlung amtlich festgesetzten Kurs, es sei denn, daß nachweisbar ein anderer Kurs zu zahlen oder gezahlt worden ist.

19. Aufrechnung, Zurückbehaltung

Gegenüber Ansprüchen aus dem Verkehrsvertrag und damit zusammenhängenden außervertraglichen Ansprüchen ist eine Aufrechnung oder Zurückbehaltung nur mit fälligen Gegenansprüchen zulässig, denen ein Einwand nicht entgegensteht.

20. Pfand- und Zurückbehaltungsrecht

- 20.1 Der Spediteur hat wegen aller fälligen und nicht fälligen Forderungen, die ihm aus den in Ziffer 2.1 genannten Tätigkeiten an den Auftraggeber zustehen, ein Pfandrecht und ein Zurückbehaltungsrecht an den in seiner Verfügungsgewalt befindlichen Gütern oder sonstigen Werten. Das Pfand- und Zurückbehaltungsrecht geht nicht über das gesetzliche Pfand- und Zurückbehaltungsrecht hinaus.
- 20.2 Der Spediteur darf ein Pfand- oder Zurückbehaltungsrecht wegen Forderungen aus anderen mit dem Auftraggeber abgeschlossenen Verkehrsverträgen nur ausüben, soweit sie unbestritten sind oder wenn die Vermögenslage des Schuldners die Forderung des Spediteurs gefährdet.
- 20.3 An die Stelle der in § 1234 BGB bestimmten Frist von einem Monat tritt in allen Fällen eine solche von zwei Wochen.
- 20.4 Ist der Auftraggeber im Verzug, so kann der Spediteur nach erfolgter Verkaufsandrohung von den in seinem Besitz befindlichen Gütern und Werten eine solche Menge, wie nach seinem pflichtgemäßen Ermessen zur Befriedigung erforderlich ist, freihändig verkaufen.
- 20.5 Für den Pfand- oder Selbsthilfeverkauf kann der Spediteur in allen Fällen eine Verkaufsprovision vom Nettoerlös in Höhe von ortsüblichen Sätzen berechnen.

21. Versicherung des Gutes

- 21.1 Der Spediteur besorgt die Versicherung des Gutes (z.B. Transport- oder Lagerversicherung) bei einem Versicherer seiner Wahl, wenn der Auftraggeber ihn vor Übergabe der Güter beauftragt.
- 21.2 Kann der Spediteur wegen der Art der zu versichernden Güter oder aus einem anderen Grund keinen Versicherungsschutz eindecken, hat der Spediteur dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

Der Spediteur ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Versicherung des Gutes zu besorgen, wenn dies im Interesse des Auftraggebers liegt. Der Spediteur darf vermuten, daß die Eindeckung einer Versicherung im Interesse des Auftraggebers liegt, insbesondere wenn

- der Spediteur bei einem früheren Verkehrsvertrag eine Versicherung besorgt hat,
- der Auftraggeber im Auftrag einen Warenwert (Ziffer 3.4) angegeben hat.

Die Vermutung des Interesses an der Eindeckung einer Versicherung besteht insbesondere nicht, wenn

- der Auftraggeber die Eindeckung schriftlich untersagt,
- der Auftraggeber ein Spediteur, Frachtführer oder Lagerhalter ist.

21.3 Der Spediteur hat nach pflichtgemäßem Ermessen über Art und Umfang der Versicherung zu entscheiden und sie zu marktüblichen Bedingungen abzuschließen, es sei denn, der Auftraggeber erteilt dem Spediteur unter Angabe der Versicherungsnummer und der zu deckenden Gefahren schriftlich eine andere Weisung.

21.4 Ist der Spediteur Versicherungsnehmer und hat er für Rechnung des Auftraggebers gehandelt, ist der Spediteur verpflichtet, auf Verlangen gemäß Ziffer 14.1 Rechnung zu legen. In diesem Fall hat der Spediteur die Prämie für jeden einzelnen Verkehrsvertrag auftragsbezogen zu erheben, zu dokumentieren und in voller Höhe ausschließlich für diese Versicherungsdeckung an den Versicherer abzuführen.

21.5 Für die Versicherungsbesorgung, Einziehung des Entschädigungsbetrages und sonstige Tätigkeiten bei Abwicklung von Versicherungsfällen und Havarien steht dem Spediteur eine besondere Vergütung neben dem Ersatz seiner Auslagen zu.

22. Haftung des Spediteurs, Abtretung von Ersatzansprüchen

22.1 Der Spediteur haftet bei all seinen Tätigkeiten (Ziffer 2.1) nach den gesetzlichen Vorschriften. Es gelten jedoch die folgenden Regelungen, soweit zwingende oder AGB-feste Rechtsvorschriften nichts anderes bestimmen.

22.2 Soweit der Spediteur nur den Abschluß der zur Erbringung der vertraglichen Leistungen erforderlichen Verträge schuldet, haftet er nur für die sorgfältige Auswahl der von ihm beauftragten Dritten.

22.3 In allen Fällen, in denen der Spediteur für Verlust oder Beschädigung des Gutes zu haften hat, hat er Wert- und Kostenersatz entsprechend §§ 429, 430 HGB zu leisten.

22.4 Soweit die §§ 425 ff und 461 Abs. 1 HGB nicht gelten, haftet der Spediteur für Schäden, die entstanden sind aus

22.4.1 - ungenügender Verpackung oder Kennzeichnung des Gutes durch den Auftraggeber oder Dritte;

22.4.2 - vereinbarter oder der Übung entsprechender Aufbewahrung im Freien

22.4.3 - schwerem Diebstahl oder Raub (§§ 243, 244, 249 StGB);

22.4.4 - höherer Gewalt, Witterungseinflüssen, Schadhafwerden von Geräten oder Leitungen, Einwirkung anderer Güter, Beschädigung durch Tiere, natürlicher Veränderung des Gutes

nur insoweit, als ihm eine schuldhafte Verursachung des Schadens nachgewiesen wird. Konnte ein Schaden aus einem der vorstehend aufgeführten Umständen entstehen, so wird vermutet, daß er aus diesem entstanden ist.

22.5 Hat der Spediteur aus einem Schadenfall Ansprüche gegen einen Dritten, für den er nicht haftet, oder hat der Spediteur gegen einen Dritten seine eigene Haftung übersteigende Ersatzansprüche, so hat er diese Ansprüche dem Auftraggeber auf dessen Verlangen abzutreten, es sei denn, daß der Spediteur aufgrund besonderer Abmachung die Verfolgung der Ansprüche für Rechnung und Gefahr des Auftraggebers übernimmt.

Der Auftraggeber kann auch verlangen, daß der Spediteur ihm die gesamten Ansprüche gegen den Dritten erfüllungshalber abtritt. § 437 HGB bleibt unberührt.

Soweit die Ansprüche des Auftraggebers vom Spediteur oder aus der Speditionsversicherung befriedigt worden sind, erstreckt sich der Abtretungsanspruch nur auf den die Leistung des Spediteurs bzw. der Versicherung übersteigenden Teil des Anspruchs gegen den Dritten.

23. Haftungsbegrenzungen

23.1 Die Haftung des Spediteurs bei Verlust oder Beschädigung des Gutes (Güterschaden) ist mit Ausnahme der verfügten Lagerung der Höhe nach begrenzt

23.1.1 auf € 5 für jedes Kilogramm des Rohgewichts der Sendung;

23.1.2 bei einem Schaden, der an dem Gut während des Transports mit einem Beförderungsmittel eingetreten ist, abweichend von Ziffer 23.1.1 auf den für diese Beförderung gesetzlich festgelegten Haftungshöchstbetrag;

23.1.3 bei einem Verkehrsvertrag über eine Beförderung mit verschiedenartigen Beförderungsmitteln unter Einschluß einer Seebeförderung, abweichend von Ziffer 23.1.1. auf 2 SZR für jedes Kilogramm.

23.1.4 in jedem Schadenfall höchstens auf einen Betrag von € 1 Mio. oder 2 SZR für jedes Kilogramm, je nachdem, welcher Betrag höher ist.

23.2 Sind nur einzelne Packstücke oder Teile der Sendung verloren oder beschädigt worden, berechnet sich die Haftungshöchstsumme nach dem Rohgewicht

- der gesamten Sendung, wenn die gesamte Sendung entwertet ist,
- des entwerteten Teils der Sendung, wenn nur ein Teil der Sendung entwertet ist.

23.3 Die Haftung des Spediteurs für andere als Güterschäden mit Ausnahme von Personenschäden und Sachschäden an Drittgut ist der Höhe nach begrenzt auf das Dreifache des Betrages, der bei Verlust des Gutes zu zahlen wäre, höchstens auf einen Betrag von 100.000 Euro je Schadenfall. Die §§ 431 Abs. 3, 433 HGB bleiben unberührt.

23.4 Die Haftung des Spediteurs ist in jedem Fall, unabhängig davon, wie viele Ansprüche aus einem Schadenereignis erhoben werden, begrenzt auf € 2 Mio. je Schadenereignis oder 2 SZR für jedes Kilogramm der verlorenen und beschädigten Güter, je nachdem, welcher Betrag höher ist, bei mehreren Geschädigten haftet der Spediteur anteilig im Verhältnis ihrer Ansprü-

che.

23.5 Für die Berechnung des SZR gilt § 431 Abs. 4 HGB.

24. Haftungsbegrenzungen bei verfügbarer Lagerung

24.1 Die Haftung des Spediteurs bei Verlust oder Beschädigung des Gutes (Güterschaden) ist bei einer verfügbaren Lagerung begrenzt

24.1.1 auf € 5 für jedes Kilogramm des Rohgewichts der Sendung,

24.1.2 höchstens € 5.000 je Schadenfall; besteht der Schaden eines Auftraggebers in einer Differenz zwischen Soll- und Ist-Bestand des Lagerbestandes (Ziffer 15.6), so ist die Haftungshöhe auf € 25.000 begrenzt, unabhängig von der Zahl der für die Inventurdifferenz ursächlichen Schadenfälle. In beiden Fällen bleibt Ziffer 24.1.1 unberührt.

24.2 Ziffer 23.2 gilt entsprechend.

24.3 Die Haftung des Spediteurs für andere als Güterschäden mit Ausnahme von Personenschäden und Sachschäden an Drittgut ist bei einer verfügbaren Lagerung begrenzt auf € 5.000 je Schadenfall.

24.4 Die Haftung des Spediteurs ist in jedem Fall, unabhängig davon, wie viele Ansprüche aus einem Schadenereignis erhoben werden, auf € 2 Mio. je Schadenereignis begrenzt; bei mehreren Geschädigten haftet der Spediteur anteilig im Verhältnis ihrer Ansprüche.

25. Beweislast

25.1 Der Auftraggeber hat im Schadenfall zu beweisen, daß dem Spediteur ein Gut bestimmter Menge und Beschaffenheit ohne äußerlich erkennbare Schäden (§ 438 HGB) übergeben worden ist. Der Spediteur hat zu beweisen, daß er das Gut, wie er es erhalten hat, abgeliefert hat.

25.2 Der Beweis dafür, daß ein Güterschaden während des Transports mit einem Beförderungsmittel (Ziffer 23.1.2) eingetreten ist, obliegt demjenigen, der dies behauptet. Bei unbekanntem Schadenort hat der Spediteur auf Verlangen des Auftraggebers oder Empfängers den Ablauf der Beförderung anhand einer Schnittstellendokumentation (Ziffer 7) darzulegen. Es wird vermutet, daß der Schaden auf derjenigen Beförderungsstrecke eingetreten ist, für die der Spediteur eine vorbehaltlose Quittung nicht vorlegt.

25.3 Der Spediteur ist verpflichtet, durch Einholung von Auskünften und Beweismitteln für die Feststellung zu sorgen, wo der geltend gemachte Schaden eingetreten ist.

26. Außervertragliche Ansprüche

Die vorstehenden Haftungsbefreiungen und -beschränkungen gelten entsprechend §§ 434, 436 HGB auch für außervertragliche Ansprüche.

27. Qualifiziertes Verschulden

Die vorstehenden Haftungsbefreiungen und -begrenzungen gelten nicht, wenn der Schaden verursacht worden ist

- 27.1 durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit des Spediteurs oder seiner leitenden Angestellten oder durch Verletzung vertragswesentlicher Pflichten, wobei Ersatzansprüche in letzterem Fall begrenzt sind auf den vorhersehbaren, typischen Schaden;
- 27.2 in den Fällen der §§ 425 ff, 461 Abs. 1 HGB durch den Spediteur oder die in §§ 428, 462 HGB genannten Personen vorsätzlich oder leichtfertig und in dem Bewußtsein, daß ein Schaden mit Wahrscheinlichkeit eintreten werde.

28. Schadenanzeige

Für die Anzeige eines Schadens findet § 438 HGB Anwendung.

29. Haftungsversicherung des Spediteurs

- 29.1 Der Spediteur ist verpflichtet, bei einem Versicherer seiner Wahl eine Haftungsversicherung zu marktüblichen Bedingungen abzuschließen und aufrecht zu erhalten, die seine verkehrsvertragliche Haftung nach den ADSp und nach dem Gesetz im Umfang der Regelhaftungssummen abdeckt.
- 29.2 Die Vereinbarung einer Höchstersatzleistung je Schadenfall, Schadenereignis und Jahr ist zulässig; ebenso die Vereinbarung einer Schadenbeteiligung des Spediteurs.
- 29.3 Der Spediteur darf sich gegenüber dem Auftraggeber auf die ADSp nur berufen, wenn er bei Auftragserteilung einen ausreichenden Haftungsversicherungsschutz vorhält.
- 29.4 Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Spediteur diesen Haftungsversicherungsschutz durch eine Bestätigung des Versicherers nachzuweisen.

30. Erfüllungsort, Gerichtsstand, anzuwendendes Recht

- 30.1 Der Erfüllungsort ist für alle Beteiligten der Ort derjenigen Niederlassung des Spediteurs, an die der Auftrag gerichtet ist.
- 30.2 Der Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten, die aus dem Auftragsverhältnis oder im Zusammenhang damit entstehen, ist für alle Beteiligten, soweit sie Kaufleute sind, der Ort derjenigen Niederlassung des Spediteurs, an die der Auftrag gerichtet ist; für Ansprüche gegen den Spediteur ist dieser Gerichtsstand ausschließlich.
- 30.3 Für die Rechtsbeziehungen des Spediteurs zum Auftraggeber oder zu seinen Rechtsnachfolgern gilt deutsches Recht.

German Freight Forwarders' Standard Terms and Conditions - ADSp -

(The following text is a translation from the German language original. In case of disputes the German language original of the ADSp are applicable)

Preface

The terms and conditions are recommended for use, starting January 1st, 2003, by the Federal Association of German Industry, the Federal Association of German Wholesalers and Exporters, the Federal Association of German Freight Forwarders and Logistics Operators, the Association of German Chambers of Industrie and Commerce, and the German Association of Retailers. This recommendation is not obligatory. Contract parties can formulate different agreements.

1. Interest of the principal and due care

The freight forwarder shall act in the interest of his principal and fulfil his duties with due care.

2. Area of application

2.1 The ADSp apply to all contracts for the transportation of goods, irrespective of whether they concern freight forwarding, carriage, warehousing or other services common to the forwarding trade; these also include logistical services commonly provided by freight forwarders in connection with the carriage or storage of goods.

2.2 In the case of forwarding services regulated by sections 453 to 466 of the German Commercial Law (HGB), the freight forwarder is only responsible for arranging the necessary contracts required for the performance of these services, unless other legal provisions take precedence

2.3 The ADSp are not applicable for contracts that deal exclusively with

- packaging,
- the carriage of removal goods and their storage,
- crane lifting, assembly jobs or heavy lift and high volume transports, except for normal transshipment services of the freight forwarder.
- the carriage and storage of goods to be towed or salvaged.

2.4 The ADSp are not applicable for transport contracts with consumers. Consumers are natural persons concluding the contract for reasons other than commercial or in pursuit of their professional activities.

2.5 If trade customs or legal provisions differ from the ADSp, the ADSp take precedence

unless these legal provisions are mandatory.

For contracts of carriage by air, sea, inland waterways or for multi-modal transports different contractual arrangements may be made in accordance with the terms of carriage devised for these transports.

- 2.6 The freight forwarder is authorised to agree to normal standard terms and conditions of third parties.
- 2.7 In the relationship between a principal freight forwarder and an intermediate freight forwarder, the ADS are deemed to be the general terms and conditions of the intermediate freight forwarder.

3. Instructions, transmission errors, contents, special type of goods

- 3.1 Forwarding instructions, other instructions, directives and communications are valid even if given informally. Subsequent modifications must be specifically identifiable as being amendments.

The burden of proof for the correct and complete transmission lies with the party referring to it.

- 3.2 If statements must be made in writing, they are deemed to have been made in writing when using electronic data communication or any other machine readable form for as long as the originator of the message is identifiable.

- 3.3 The principal must inform the freight forwarder, at the time of giving the instructions, that the transport contract concerns:

- dangerous goods
- live animals and plants
- perishables
- valuable goods and goods with an inherent risk of theft

- 3.4 The principal must specify in his instructions addresses, marks, numbers, quantity, nature and contents of the packages as well as declaring the properties of the goods, as required by section 3.3, the goods value for insurance purposes and any other information relevant for the proper execution of the forwarding instructions.

- 3.5 In the case of dangerous goods, the principal must inform the freight forwarder in writing - at the time of giving the instructions - of the exact nature of the hazard and, if appropriate, about precautionary measures. In the case of dangerous goods subject to the law for the carriage of dangerous goods or other goods, the carriage of which is subject to specific regulations regarding dangerous goods, their handling or their disposal, the principal has to make the necessary declarations required for the proper execution of the forwarding instruction, especially the classification in accordance with the regulations for dangerous goods.

- 3.6 The principal must inform the freight forwarder about particularly valuable goods or goods with an inherent risk of theft (e.g., cash, precious metals, jewellery, clocks and watches, precious stones, works of art, antiquities, bank or credit cards, valid telephone cards or other means of payment, bonds, shares and similar, foreign currencies, documents, spirits, tobacco, entertainment electronics, telecommunications devices and accessories) and goods with an actual value of € 50 per kg or more well in advance to allow the freight forwarder to decide about acceptance of the goods and to take measures for a safe and secure execution of the forwarding job.

- 3.7 If a forwarding instruction does not comply with the terms stated in sections 3.3 to 3.6, the freight forwarder has the option to
- refuse acceptance of the goods
 - return goods already accepted or to make them available for collection
 - ship, transport or store them without the need to notify the principal and to charge an extra, appropriate fee, if the safe and secure execution of the instruction causes extra costs.

3.8 The freight forwarder is not obliged to check or supplement the statements made regarding sections 3.3 to 3.6.

3.9 The freight forwarder is not obliged to check the authenticity of signatures on any messages or documents relating to goods, nor to check the authority of the signatories, unless there exist reasonable doubts concerning the authenticity or authority.

4. Packaging, provision of loading and packaging aids, weighing and checking

4.1 Unless specifically stated, the forwarding instruction does not cover

4.1.1 the packaging of the goods,

4.1.2 the weighing, checking, measures to preserve or enhance the goods and its packaging, unless this is customary for this kind of transaction,

4.1.3 the provision or exchange of pallets or other loading or packaging aids. If they are not swapped one-for-one, they are only picked up as part of a new forwarding instruction. This does not apply if the exchange is intentionally not carried out by the freight forwarder.

4.2 The services under section 4.1 are charged for separately.

5. Customs clearance

5.1 The instruction for shipment to a destination in another country includes instructions for customs clearance, if this is necessary for arranging the transport to the place of destination.

5.2 The freight forwarder is entitled to an extra fee for the customs clearance, over and above the actual costs incurred.

5.3 The instruction to forward bonded goods or to deliver them free house, authorises the freight forwarder to effect the customs clearance and to advance customs and excise duties and fees.

6. Packaging and marking obligation of the principal

6.1 The packages have to be clearly and durably marked by the principal to facilitate their proper handling, e.g. addresses, marks, numbers, symbols for handling and properties; old marks must be removed or made illegible.

6.2 In addition, the principal is under obligation:

- 6.2.1 to mark all packages belonging to the same consignment in such a way that they are easily recognised as forming one consignment,
- 6.2.2 to prepare packages in such a way that they may not be accessed without leaving visible trace (adhesive tape, bands, etc. are only permissible when they are individually designed or otherwise difficult to imitate; foil wrapping must be thermally sealed);
- 6.2.3 in case of a consignment being part of a forwarders consolidation, to group the individual packages or units of this consignment into larger units if their strap length (largest circumference plus longest side) is less than 1 metre;
- 6.2.4 to combine a consignment of hanging garments consisting of several individual units into wrapped units for easier handling;
- 6.2.5 to mark packing units with a gross weight of at least 1,000 kilograms with the weight specification as prescribed for heavy loads to be transported by ship.
- 6.3 Packages are single packages or units of packages, formed by the principal for the purpose of being carried according to the forwarding instruction, e.g., boxes, wireboxes, pallets, handling units, enclosed loading units such as covered wagons, wagons with tarpaulin covers, semi-trailers, swap bodies, containers or igloos.
- 6.4 If the packages do not comply with the terms under 6.1 and 6.2, section 3.7 shall apply.

7. Supervisory duties of the freight forwarder

- 7.1. At specific interfaces the freight forwarder is under the obligation to:
 - 7.1.1 check packages regarding their quantity, identity and apparent good order and whether seals and fastenings are intact;
 - 7.1.2 document irregularities (e.g. in the accompanying document or by special notification)
- 7.2 An interface is any point at which the responsibility for the packages is passed on to another operator/agent or the handing over point at the end of each stage of the transportation process.

8. Receipt

- 8.1 Upon request by the principal, the freight forwarder shall issue a certificate of receipt.

With this certificate the freight forwarder confirms the quantity and type of packages, but not their contents, value or weight. In the case of bulk goods, full loads and such like the certificate of receipt does not state the gross weight or any other description of the quantity of the goods.
- 8.2 As proof of delivery the freight forwarder requests from the consignee a receipt of the packages as named in the forwarding instruction or other accompanying transport documents. Should the consignee refuse to sign for the receipt of the goods, the freight forwarder must request further instructions. If the goods have already been unloaded at the consignee, the freight forwarder is entitled to regain possession.

9. Instructions

- 9.1 An instruction remains valid for the freight forwarder until revoked by the principal.
- 9.2 In the case of insufficient or impractical instructions the freight forwarder may use his professional judgement.
- 9.3 An instruction to hold goods at the disposal of a third party can no longer be revoked after instructions from the third party have been received by the freight forwarder.

10. Freight payment, cash on delivery

- 10.1 The statement by the principal that the instruction is to be executed freight unpaid or that the costs are to be paid by the consignee or a third party does not affect his liability for payment of all charges.
- 10.2 The statement in section 10.1 does not concern cash on delivery instructions.

11. Deadlines

- 11.1 In the absence of specific agreements, neither loading or delivery deadlines are guaranteed, nor the sequence of the handling of goods of the same means of transport.
- 11.2 This does not affect the freight forwarder's statutory liability with regard to missing deadlines.

12. Obstacles

- 12.1 Obstacles beyond the freight forwarder's control relieve him, for their duration, from the duties that are affected by these obstacles.

In the case of such obstacles, the freight forwarder or the principal have the right to withdraw from the contract even if it has already been partially performed.

If the freight forwarder or the principal withdraws from the contract, the freight forwarder is entitled to the costs which he deemed to be necessary to be incurred or which were incurred in the interest of the principal.

- 12.2 The freight forwarder is only obliged within the framework of his ordinary professional care to advise the principal about legal or official restrictions concerning the shipment (e.g., import/export restrictions). If, however, the freight forwarder, through public statements or in the course of negotiations, created the impression that he has expert knowledge about specific circumstances, he has to act appropriately to this knowledge and expertise.
- 12.3 Governmental and/or official acts beyond the freight forwarder's control do not affect the rights of the freight forwarder towards his principal; the principal is liable towards the freight forwarder for all claims arising out of such acts. Claims of the freight forwarder against the state or third parties are not affected.

13. Delivery

Delivery is deemed to have been affected when the goods are handed over to any person present on the premises of the consignee, unless there are apparent reasonable doubts about their authority to receive goods on behalf of the consignee.

14. Right to information

- 14.1 The freight forwarder is obliged to provide the principal with all necessary information, to inform him, upon request, about the status of the transaction and to provide information about all transactions so far, however, he is only obliged to reveal the costs incurred if he acted in the name of the principal.
- 14.2 The freight forwarder is obliged to pass everything he receives/obtains while acting for him to the principal.

15. Warehousing

- 15.1 The choice of warehousing location (own or third party) lies with the freight forwarder. In case of a third party warehouse the freight forwarder must notify the principal in writing and immediately of the warehouse company and its address, or, in case of a warehouse warrant, to mark these on the warrant.
- 15.2 The principal is at liberty to inspect the warehouse. Objections or complaints about the storage of the goods must be made immediately. If he does not exercise the right of inspection, he waves all rights to objections against the storage and warehousing, for as long as the choice and type of storage complies with the usual professional care of a freight forwarder.
- 15.3 Access to the warehouse is only granted to the principal during the normal working hours of the freight forwarder and in his company.
- 15.4 If the principal handles the goods (e.g. sample taking) the freight forwarder may demand that the number, the weight and the status of the goods be inspected together with the principal. If the principal does not agree to this, the freight forwarder is not liable for damage discovered later, unless the damage was clearly not caused by such handling of the goods.
- 15.5 The principal is liable for all damage caused by him or his staff or agents to the freight forwarder, other warehouse clients or third parties whilst on the premises of the warehouse, unless he, his staff or agents are not responsible for such damage.
- 15.6 In case of inventory discrepancies, the freight forwarder is entitled to balance shortages and surpluses of the same principal.
- 15.7 If the freight forwarder has reasonable doubt about the security of his claim upon the value of the goods he is entitled to set a reasonable time limit for the principal to either secure the claims of the freight forwarder or to make alternative provisions for the storage of the goods. If the principal does not comply with this, the freight forwarder is entitled to terminate the contract without further notice.

16. Offers and Payment

- 16.1 Offers from the freight forwarder and agreements with him regarding price and services always refer to specified own services or those of third parties, and to goods of normal size, weight and nature; they presume normal unfettered transport situations, unimpeded access, the possibility of immediate on-shipment and that freight rates, exchange rates and tariffs upon which the quotation was based remain valid, unless changes could be foreseen under the current circumstances. The note "plus the usual ancillary charges" entitles the freight forwarder to charge for supplements and surcharges.
- 16.2 All quotations made by the freight forwarder are valid only for immediate acceptance

and immediate execution of the relevant task, unless otherwise specified in the quotation, and when the instructions refer to the quotation.

- 16.3 In case of a cancellation of or withdrawal from the instruction the freight forwarder is entitled to the claims in accordance with §§ 415, 417 of the German Commercial Law (HGB).
- 16.4 In case of a COD- or other collection instruction being withdrawn retrospectively or if the money is not paid, the forwarder is still entitled to his collection fee.
- 16.5 If the consignee refuses to accept a consignment destined for him or, if the delivery is impossible for reasons beyond the control of the freight forwarder, the freight forwarder is entitled to the cartage charges for the return of the consignment.

17. Disbursements of the freight forwarder, exemption from third party claims

- 17.1 The freight forwarder is entitled to reimbursement for outlays which he could reasonably consider appropriate.
- 17.2 The instruction to accept incoming consignments entitles the freight forwarder - but does not oblige him - to advance freight, COD-sums, duties, taxes and other dues in connection with such consignments.
- 17.3 The principal has to relieve the freight forwarder immediately of demands regarding freight, average demands, customs duties, taxes or other dues directed against the freight forwarder as being agent for or possessor of the goods owned by third parties, when the freight forwarder is not responsible for such payments. The freight forwarder is entitled to take reasonable measures appropriate to protect himself. If the circumstances do not require immediate action, the freight forwarder must request instructions from his principal.
- 17.4 The principal must inform the freight forwarder in an appropriate way about all public/legal obligations, e.g. regarding customs regulations or trademark obligations, arising from the possession of the goods, unless it may reasonably be deduced from the quotation of the freight forwarder that he is aware of such obligations.

18. Invoices, foreign currencies

- 18.1 Freight forwarders' invoices are due immediately.
- 18.2 The freight forwarder can demand from his foreign principals payment either in local or German currency.
- 18.3 If the freight forwarder owes foreign currency amounts, or if he advances sums in foreign currencies, he can demand payment either in German or in foreign currency. If he demands payment in German currency, the current exchange rate will be used, unless it can be proven that a different rate of exchange must be used or was used.

19. Settlement

Claims arising out of the forwarding contract and other related claims may only be set off against counter claims, if these are undisputed.

20. Lien and retention

- 20.1 The freight forwarder has a lien on all goods in his possession or other valuables in

connection with any claim, whether due or not for any services for his principal in accordance with section 2.1. This lien does not exceed the general legal lien which applies.

- 20.2 The freight forwarder may exercise his lien for claims arising out of other contracts with the principal only if they are undisputed or if the financial situation of the debtor puts the claims of the freight forwarder at risk.
- 20.3 The time limit of one month as specified in section 1234 of the German commercial Law is superseded in all cases by a time limit of two weeks.
- 20.4 If the principal is in arrears, the freight forwarder is entitled, after due notice, to sell such a portion of the principal's goods in his possession as is necessary, after appropriate consideration, to meet his claims.
- 20.5 The freight forwarder is entitled to the usual sales commission on the net proceeds of the sale when exercising his lien.

21. Insurance of the goods

- 21.1 The freight forwarder arranges for the insurance of the goods (e.g., transit or warehousing insurance) with an insurer of his choice if instructed to do so by the principal before the goods are handed over.

If the freight forwarder cannot effect insurance cover, either due to the nature of the goods or for any other reason, he must inform the principal without delay.

- 21.2 The freight forwarder is entitled, but not obliged, to effect the insurance of the goods if this is in the interest of the principal. The freight forwarder may assume that the insurance cover is in the interest of the principal, especially when,
 - the freight forwarder effected insurance cover for previous freight forwarding instructions
 - the principal declared the value of the goods in his freight forwarding instructions (3.4).

This assumption for the arrangement of insurance cover may not be made if

- the principal expressly forbids such insurance cover
- the principal is a freight forwarder, carrier or warehousing company.

- 21.3 The freight forwarder, after due consideration decides the type and scope of the insurance and arranges the cover at the usual market rates, unless the principal instructs the freight forwarder differently, specifying the insured sum and the risks to be covered, in writing.
- 21.4 If the freight forwarder is himself the insurance policy holder and if he acted for the account of the principal he is obliged, if requested to do so, he is obliged to provide information about this in accordance with 14.1. In such a case the freight forwarder is obliged to invoice the premium for each freight forwarding instruction individually, to document it and to pay it to the insurer exclusively for this insurance cover.
- 21.5 The freight forwarder is entitled to a special fee, apart from his reimbursements, for arranging the insurance, handling claims and other administrative tasks in connection with claims and averages.

22. Liability of the freight forwarder, cession of claims

- 22.1 The freight forwarder bears liability for all his services (section 2.1) according to legal regulations. Unless specified otherwise, however, the following shall apply.
- 22.2 If the freight forwarder is only responsible for arranging the contracts required for the services requested, his responsibility is limited to the careful choice of such third party service providers.
- 22.3 In all cases where the freight forwarder is liable for loss of or damage to goods, his liability will be in accordance with §§ 429, 430 of the German Commercial Law.
- 22.4 If §§ 425 pp and 461, section 1 of the German Commercial Law are not applicable, the freight forwarder is liable for damage resulting from:
- 22.4.1 - insufficient packaging or marking by the principal or third parties
 - 22.4.2 - agreed or customary outdoor storage
 - 22.4.3 - theft or robbery (§§ 243, 244, 249 German Penal Code)
 - 22.4.4 - Acts of God, weather conditions, failure of appliances or wiring, influence of other goods, damage by animals, inherent vice

Only, if there is evidence of the freight forwarder being at fault. If the damage could have arisen from one of the above circumstances it shall be deemed to have arisen from it.

- 22.5 If the freight forwarder has a claim against a third party for damage for which he is not liable, or if the freight forwarder has claims in excess of the sum for which he is liable, he must, on request, cede such claim to his principal, unless the freight forwarder, by special agreement, had undertaken to pursue such claims at the cost and risk of his principal.

The principal may also demand that the freight forwarder cedes all claims against third parties to him. § 437 of the German Commercial Law remains unaffected.

If the claims of the principal have been met by the freight forwarder or by the forwarders' insurance, the claim to be ceded is limited to that portion which exceeds that already paid by the freight forwarder or his insurance.

23. Limitation of liability

- 23.1 The liability of the freight forwarder for loss of or damage to goods, with the exception of warehousing on request, is limited:**

23.1.1 to € 5 per kilogram of gross weight of the consignment;

23.1.2 in case of damage occurring to goods whilst being carried, the damage is limited - contrary to section 23.1.1 - to the legally limited maximum amount specified for this type of carriage;

23.1.3 in case of a contract of multi-modal carriage - including sea transport - to 2 SDR per kg;

23.1.4 to € 1 million or 2 SDR per kg per claim, whichever is the higher.

23.2 If only individual packages or parts of the consignment were damaged or lost, the maximum liability is calculated on the basis of the gross weight

- of the whole consignment if it is rendered valueless
- of that part of the consignment that is rendered valueless

23.3 The liability of the freight forwarder for damage other than to goods, excepting personal injury and damage to goods that are not subject of the contract of transportation, is limited to three times the amount payable for the loss of the goods, but not more than € 100,000 per event. §§ 431 section 3 and 433 HG B (German Commercial Code) remain unaffected.

23.4 The liability of the freight forwarder, irrespective of the number of claims per event is limited to € 2 Millions per event or 2 SDR per kg of lost or damaged goods, whichever is the greater; in the case of more than one claimant the freight forwarder's liability is proportionate to their individual claims

23.5 The SDR is calculated in accordance with § 431, section 4 of the German Commercial Law.

24. Liability limitations in the case of warehousing upon instruction

24.1 The liability of the freight forwarder for loss of or damage to goods in the case of warehousing upon instruction is limited

24.1.1 to € 5 for each kg gross weight of the consignment,

24.1.2 to a maximum of € 5,000 per claim; if the claim of a principal is based upon the difference between the nominal and actual inventory (section 15.6) the liability is limited to € 25,000, irrespective of the number of events causing the inventory discrepancy. Section 24.1.1 is not affected.

24.2 Section 23.2 applies accordingly.

24.3 In the case of warehousing upon instruction the liability of the freight forwarder for claims other than for damage to goods, excepting personal injury and damage to goods that are not subject of the contract of transportation, is limited to € 5,000 per claim.

24.4 Irrespective of the number of claims arising from an event, the liability of a freight forwarder is limited to € 2 Millions per event; in the case of more than one claimant the freight forwarder's liability is distributed amongst them in proportion to their individual claims.

25. Burden of proof

25.1 The principal must provide evidence that goods of a specified quantity and state were handed to the freight forwarder in apparent good order (§ 438 German Commercial Law). The freight forwarder must provide evidence that he delivered the goods as he received them.

25.2 The burden of proof that goods were damaged whilst being transported (Section 23.1.2) in the means of transport lies with the party claiming such damage. If the place where the damage occurred is unknown, the freight forwarder must specify the

sequence of transportation by documenting the interfaces (Section 7) if requested by the principal or the consignee. It is to be assumed that the damage occurred during that stage of the transportation for which the freight forwarder cannot provide a clean receipt.

- 25.3 The freight forwarder is obliged to ascertain, through appropriate enquiries and obtaining evidence, where the damage occurred.

26. Non-contractual claims

The aforementioned releases from and limitations of liability apply also, in accordance with §§ 434, 436 of the German Commercial Law, to claims not arising out of freight forwarding contracts.

27. Specific responsibility

The aforementioned releases from and limitations of liability do not apply, if the damage was caused:

- 27.1 By intent or gross negligence of the freight forwarder or his management staff or by violation of fundamental duties of the contract in which case damage claims shall be limited to foreseeable, typical damage;
- 27.2 by the freight forwarder in cases covered by §§ 425 pp, 461 Abs. 1 of the German Commercial Law or by persons specified in §§ 428, 462 of the German Commercial Law acting intentionally or recklessly, knowing that damage to the goods would be probable.

28. Notification of a claim

Claims have to be made in accordance with § 438 of the German Commercial Law.

29. Freight forwarding insurance

- 29.1 The freight forwarder is obliged to cover, at going market rates, his transport-related liability according to ADSp and as legally required to cover standard liabilities with an insurer of his choice.
- 29.2 Agreements for maximum compensation per claim, event and year are permitted; also contributions from the freight forwarder.
- 29.3 The freight forwarder may only refer to the ADSp towards his principal if he has arranged sufficient insurance cover at the time of the forwarding instructions are issued.
- 29.4 If requested by the principal, the freight forwarder has to provide proof of this liability insurance cover

30. Place of fulfilment, place of jurisdiction, applicable law

- 30.1 The place of fulfilment for all parties to the contract is the location of that branch office of the freight forwarder at which the instructions are directed.
- 30.2 The place of jurisdiction for all disputes arising out the instruction is for all participants, so far as they are business people, the location of that branch office of the freight forwarder at which the instructions are directed.

30.3 The legal relationship between the freight forwarder and the principal or his legal successors is governed by the law of the Federal Republic of Germany.